

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das neue Vereinsgesetz.

Am 15. Mai tritt das vom Reichstag in seiner Sitzung vom 8. April angenommene Reichsvereinsgesetz nunmehr in Kraft. Damit wird eine von der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Bewegung mehr als 30 Jahre lang geltend gemachte Forderung: einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht für das ganze Reich, erfüllt. Mehr aber auch nicht, denn das neue Recht bringt nur wenig Verbesserungen, die zudem durch eine Reihe geradezu skandalöser reaktionärer Bestimmungen mehr als aufgewogen werden. Das neue Gesetz bringt jedenfalls alles andere nur kein freiheitliches Recht. Es dürfte bei der Bedeutung des Gesetzes zweckmäßig sein, kurz seine Bestimmungen hier zu skizzieren.

Nach § 1 haben alle Reichsangehörigen das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Damit wird schon den Reichsausländern das Vereins- und Versammlungsrecht entzogen, eine Bestimmung, die besonders für die Gewerkschaften, die ein Interesse daran haben, ausländische Arbeitskräfte in ihren Interessenskreis hereinzugiehen, recht vererblich ist. Verschlimmert wird diese Bestimmung noch durch den nunmehrigen § 12 des Gesetzes, den Sprachenparagrafen, wonach mit einigen für die Gewerkschaften kaum ins Gewicht fallenden Ausnahmen für öffentliche Versammlungen nur die deutsche Sprache als Verhandlungssprache zugelassen ist. Damit werden selbst zahlreiche deutsche Arbeiterkreise ihres Versammlungsrechtes beraubt, was, wie wir zu wiederholten Malen an dieser Stelle ausgeführt haben, die Tätigkeit der Gewerkschaften sehr beeinträchtigt.

Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann nach § 2 aufgelöst werden. Die Auflösung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, und wo ein solches nicht besteht im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden.

Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und eine Sitzung haben. Sowohl die Sitzung wie das Mitgliederverzeichnis des Vorstandes oder Änderungen derselben sind nach § 3 zwei Wochen nach der Vereinsgründung oder nach der eingetretenen Änderung der zuständigen Polizeibehörde mitzuteilen.

Wahlkomitees gelten nach § 4 während der Wahlzeit nicht als politische Vereine.

Öffentliche Versammlungen müssen 24 Stunden vor ihrem Beginn bei der zuständigen Polizeibehörde angezeigt werden (§ 5). Einer solchen Anzeige bedarf es nach § 6 nicht, wenn die Versammlung „öffentlich bekannt gemacht worden ist“ oder wenn es sich um Wahlversammlungen oder um Versammlungen der Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeiter usw. zur Erörterung von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt.

Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufsätze auf öffentlichen Straßen oder Plätzen bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde (§ 7). Von Wichtigkeit ist noch § 10, wonach jede öffentliche Versammlung einen Leiter haben muß, den eventuell auch der Einberufer der Versammlung martieren kann, und der für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen und das Recht der Versammlungsauflösung hat. Ferner das Verbot des Waffentragens in öffentlichen Versammlungen oder bei Aufsätzen. Schließlich die §§ 13 bis 16, welche von den Befugnissen der Polizei bei öffentlichen Versammlungen handeln, und der § 17 des Gesetzes, welcher besagt: Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu gefälligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.

Das die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Gesetzes. Unsere Leser werden uns gewiß recht geben, wenn wir sagen, daß ein Reichsvereinsgesetz nicht gut reaktionärer gestaltet werden konnte. Verbesserungen ohne Vorbehalt

bringt es eigentlich nur für Mecklenburg. Auch für Preußen, Bayern, Sachsen, die Reichslande und die meisten Kleinstaaten sind durch das neue Gesetz gewisse Erleichterungen gewährt. Die Zulassung der Frauen kommt Preußen, Bayern und einer Anzahl kleinerer Staaten zugute, aber auch da bedeutet das Gesetz nur einen Fortschritt für die politische Betätigung der Frauen, da die Beteiligung der Frauen an der gewerkschaftlichen Vereinsarbeit auch in diesen Staaten bisher schon gestattet war.

Sehr wichtig für die Gewerkschaften ist die Abschaffung der Einreichung der Mitgliederliste. Bisher mußten in Preußen und in einigen Kleinstaaten diejenigen Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde ein Verzeichnis ihrer Mitglieder einreichen und ihr über jede Veränderung in der Mitgliederliste berichten. Das führte oft zu schweren Schikanen gegen die Gewerkschaften. Es sei nur an die Verfolgungen des Bergarbeiter- und des Fabrikarbeiterverbandes erinnert, welchen Gewerkschaften man schließlich die Verpflichtung auferlegte, an dem Verbandsitz der Polizeibehörde eine Mitgliederliste für das ganze Verbandsgebiet vorzulegen. Hier bietet das neue Gesetz einen Fortschritt, da es von der lästigen Verpflichtung der Vorlegung der Mitgliederliste bei der Polizeibehörde frei ist. Wie Genosse W. Geine in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausführt, ist es allerdings „trotz der Erklärungen des Staatssekretärs noch nicht völlig sicher, daß der Polizei nicht doch noch auf Umwegen das Recht zuerkannt wird, Auskunft über die Mitglieder zu fordern. Geht es der Polizei, einen solchen Anspruch durchzusetzen, so bringt das neue Gesetz in dieser Beziehung lediglich eine Erleichterung für die Polizei, keinen Schutz des Vereins- und Koalitionsrechtes.“

Diesen Verbesserungen des neuen Gesetzes gegenüber dem geltenden Rechte stehen aber, wie gesagt, eine ganze Reihe Verschlechterungen gegenüber. Es sei nur nochmals an den Sprachenparagrafen und an das Verbot der Teilnahme von jugendlichen Personen unter 18 Jahren an politischen Vereinen und Versammlungen erinnert, zwei Bestimmungen, die, wie wir wiederholt ausgeführt haben, eine schwere Schädigung der Gewerkschaften zur Folge haben müssen. Daneben hängt über das neue Gesetz für die süddeutschen Staaten noch die Rille weiterer erheblicher Verschlechterungen. Das Gesetz wird auch dadurch keineswegs schmählicher für die Arbeiter, daß es der Polizei einen Einfluß auf das Vereins- und Versammlungswesen einräumt, der ihr bisher nur in Preußen und — Sachsen zugestanden war.

Nein, dieses Gesetz ist kein freiheitliches Gesetz. Besonders die Gewerkschaften werden das bald und oft genug erkennen müssen. Und es gereicht der organisierten Arbeiterschaft sicher nicht zur Beruhigung, daß es die von ihr bei den Wahlen so oft unterstützten freisinnigen Parteien waren, welche dieser Karikatur eines freien Vereinsrechtes zur Annahme verhalfen.

Wirtschaftskrisis und Lohnherabsetzungen.

Die charakteristischen Begleiterscheinungen einer Krisis im Wirtschaftsleben sind Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen. Hunderte und Tausende von Arbeitern werden auf die Straße geworfen, und den in Arbeit Bleibenden sucht man die Löhne zu kürzen. Während es den Unternehmern beim Eintritt einer günstigen Konjunktur gar nicht einfällt, an die Arbeiter zu denken und ihnen den Lohn zu erhöhen, sind sie beim Eintritt einer ungünstigen Konjunktur sofort bei der Hand und versuchen die Löhne herabzusetzen. Die zahlreichen Streiks in den guten Zeiten liefern den Beweis, daß die Arbeiter den Unternehmern jeden Groschen Lohnverhöhung gleichsam mit einer Hange aus den Zähnen reißen müssen, und die zahlreichen Ausperrungen in den schlechten Zeiten beweisen, daß das Unternehmertum mit Macht darauf aus ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Daß die Arbeiter sich gegen eine Verkürzung des Lohnes zur Wehr setzen, und daß sie nicht bereit sind, sich die unter großen Opfern erkämpften Vorteile einfach wieder nehmen zu lassen, kann ihnen kein vernünftig urteilender und ehelich denkender Mensch verargen. Das Ausbeutertum klammert sich allerdings nicht um die Forderungen der Vernunft und

der Moral, sondern es geht mit brutaler Rücksichtslosigkeit vor und benutz die Zeit der Arbeitslosigkeit zur Befriedigung seines egoistischen Interesses. Es schert sich den Teufel um das Gemeinwohl und fragt nichts danach, ob das Sinken der Massenkaufkraft dem Wirtschaftsleben Wunden schlägt, wenn es nur selbst keinen Schaden leidet; es huldigt dem Grundsatz: „Heiliger Florian! Schüt' unser Haus, zünd' andere an!“

Aber wie es immer zu gehen pflegt, so ist es auch hier. Wenn ein Mensch noch so sehr gegen Vernunft und Moral sündigt, er weiß sich immer zu rechtfertigen und ist um Entschuldigungsgründe niemals verlegen. So fängt denn auch die kapitalistische „Wissenschaft“ neuerdings an, die Lohnherabsetzungen vor dem Nichterfichte der Vernunft, der Gerechtigkeit und der gesunden Volkswirtschaft zu rechtfertigen und den Widerstand der Arbeiter dagegen als unvernünftig und unsocial zu denunzieren. Typisch hierfür ist ein Artikel, der augenblicklich durch die Blätter des kapitalistischen Zeitungswaldes hindurchrauscht.

Der Verfasser des Artikels, ein gelehrter Doktor der Volkswirtschaft, tabelt es einleitend, daß die großen Unternehmerkartelle und „die im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmenden Gewerkschaften“, trotzdem sie sich sonst mit allen Mitteln bekämpfen, darin übereinstimmen, daß sie versuchen, „den Sturmwind der niedergehenden Konjunktur rechts und links an sich vorbeizulenken, obwohl er direkt auf sie lossegt“. Die Unternehmerkartelle widerstehen sich einer Herabsetzung der Preise ihrer Erzeugnisse, und die Gewerkschaften — er spricht ausdrücklich nur von den „sozialdemokratischen“ — widerstehen sich einer Verkürzung des Arbeitslohnes. Beides sei aber verkehrt. Was speziell den Widerstand der Gewerkschaften gegen die Lohnreduktionen anbetreffe, so erklärt der gelehrte Mann diesen Widerstand für durchaus unbedeutend. Er schreibt nämlich wortwörtlich:

„Man sollte es für eine ganz selbstverständliche Sache halten, daß die Löhne, die während der Hochkonjunktur zum Teil recht erheblich gestiegen sind, im Zeichen der Depression wieder heruntergehen. Wenn der Arbeiter in guten Zeiten fordert, an den Erträgen teilzuhaben, indem ihm sein Lohn erhöht wird, so sollte er naturgemäß nicht murren, wenn in schlechten Zeiten die umgekehrte Entwicklung eintritt. Schließlich ist beides ohne jedes menschliche Zutun schon in Angebot und Nachfrage bezüglich der Arbeitskräfte gegeben. Aber gerade hier sehen die Bemühungen der Gewerkschaften ein. Die Schwierigkeiten in der Schiffbauindustrie sind ebenso wie alle Lohnbewegungen bei uns darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterorganisationen einer Lohnherabsetzung widerstreben und überall von Lohnrückerei sprechen. Wo es irgend geht, läßt die Organisation ihre Mienen springen, um den Arbeitgeber zum Weiterzahlen der Hochkonjunkturlöhne zu nötigen. Wenn man unsere Arbeiterpresse verfolgt, so kann man zu der Ansicht kommen, es gäbe kein größeres Vergehen als Lohnreduktionen. Und derartige Lamentationen verfehlen offensichtlich ihre Wirkung nicht. Es wäre allerdings falsch, wenn der Arbeiter allein die Folgen eines Konjunkturrückganges zu tragen hätte. Aber er darf andererseits auch nicht verlangen, daß er von diesen Folgen befreit bleibt, er müßte sich denn für die Zeiten des Konjunkturauftriebes des Argumentes begeben, daß er an diesem durch erhöhte Löhne partizipieren will.“

Wenn man es oberflächlich betrachtet, so möchte es leidlich scheinen. Aber es stimmt nicht. Der Gerechtigkeitsfanatiker vergißt nämlich ganz, daß durch die Höhe des Arbeitslohnes die Lebenshaltung der Arbeiterklasse bestimmt wird und daß es weder vom Standpunkt der Kultur noch von sozialen Gesichtspunkten aus wünschenswert wäre, das Niveau der Lebenshaltung, das die Arbeiter erklommen haben, einfach wieder herabzudrücken. Die rein mechanische Auffassung des Artikelschreibers schlägt dem Entwicklungsgesetz und damit der sozialen Gerechtigkeit direkt ins Gesicht. Das auf eigener Arbeit beruhende Einkommen des Proletariats spielt volkswirtschaftlich und sozialethisch eine ganz andere Rolle als das auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruhende Einkommen des Kapitalisten. Es ist ein Unterschied, ob der ohnehin lange Verdienst des Arbeiters um 20 Prozent, also um ein Fünftel, gekürzt wird, oder ob die Dividende eines Kapitalisten ebenfalls um 20 Prozent, also beispielsweise von 10 Prozent auf 8 Prozent sinkt. Wenn ein Arbeiter statt 20 M. pro Woche infolge einer Lohnreduktion nur noch 16 M. verdient, so ist dies ganz etwas anderes, als wenn ein Kapitalist statt

200000 Mk. pro Jahr nur noch 160000 Mk. einfaßt. Der Arbeiter verkümmert dadurch sozial und wirtschaftlich, der Kapitalist ändert in seiner Lebensweise nicht das mindeste, er häuft höchstens etwas weniger Kapital auf.

Aber dahin führt es, wenn die Vorkämpfer des Kapitalismus von „Gerechtigkeit“ reden und das kapitalistische System auf das Prinzip der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ stützen wollen. In einer von sozialen Gegensätzen zerklüfteten Massengesellschaft wie der heutigen wird die Gerechtigkeit zu einer Karikatur. Es bedeutet ja die größte Ungerechtigkeit, wenn man ungleiche Sachen oder Personen als gleich behandelt. Wollte man einem Kinde dieselbe Last auferlegen wie einem kräftigen Manne, wollte man von einem Botofuden dieselbe Geistesarbeit verlangen wie von einem Kulturmenschen, so wäre das gerade so unsinnig, als wenn man einen Arbeiter, der von der Hand in den Mund lebt, wirtschaftlich gerade so behandeln wollte wie einen Kapitalisten, der Hunderttausende und Millionen aufspeichert. Hierin steckt der Krugschluß in der Beweisführung des gelehrten Doktors.

Übrigens tritt der Unsinn seiner Beweisführung am allerdeutlichsten zutage, wenn man bedenkt, daß er die Rücksichtnahme auf die „Gerechtigkeit“ einer Lohnherabsetzung nur von den Arbeitern fordert. Die Arbeiter sollen aus Gründen der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ mit einem niedrigen Lohn zufrieden sein, wenn die wirtschaftliche Konjunktur zurückgeht. Warum stellt der Liebhaber der Gerechtigkeit die gleiche Forderung nicht auch an die anderen Gesellschaftsklassen? Warum fordert er nicht, daß die Beamten des Staates und der Gemeinden während der schlechten Zeiten auf einen Teil ihres Gehaltes freiwillig verzichten? Warum tritt er nicht dafür ein, daß auch das Gehalt der Privatbeamten, der Direktoren, der Betriebsführer, der Werkmeister usw. entsprechend gekürzt wird? Warum ermahnt er nicht auch die Landesfürsten, die Bischöfe und Superintendenten, die Hauptpastoren und Landpfarrer zu einer Verzichtleistung auf einen Teil ihres Einkommens? Warum rebet er nicht auch den Agrariern ins Gewissen, daß sie einen Teil der „Liebesgaben“ aus dem Altar des Gemeinwohls opfern? Man braucht diese Fragen nur zu stellen, um zu bemerken, daß das Gerechtigkeitsprinzip des gelehrten Doktors in die Brüche geht.

Gerade vom Standpunkt einer sozialen Gerechtigkeit und einer gefunden Volkswirtschaft aus bekämpfen die Gewerkschaften die Vorkämpfer — allen Faselien der Unternehmer-Fulias zum Trost.

Die Heimarbeit ausstellung in Frankfurt a. M.

Die Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit, die vor zwei Jahren in Berlin veranstaltet wurde, hat eine recht verschiedenartige Kritik erfahren, aber auch die schärfsten Kritiker müssen ihr das Verdienst zuerkennen, daß sie zum erstenmal die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf die elenden Zustände gelenkt hat, unter welchen viele Tausende von Familien unter harter Anstrengung ihr kümmerliches Brot in der Heimarbeit erwerben. Die Berliner Heimarbeit ausstellung hat die öffentliche Meinung in außerordentlichem Maße aufgerüttelt, und in den verschiedensten Orten wurde der Wunsch rege, das lehrreiche Anschauungsmaterial gewissermaßen auf die Wanderschaft durch ganz Deutschland zu schicken. Dieser Plan erwies sich aber als undurchführbar.

Auch in Frankfurt a. M. war der Gedanke einer Überführung der Berliner Ausstellung erwogen worden. Als sich das als unmöglich herausstellte, hat man den Plan ins Auge gefaßt, eine eigene Ausstellung zu veranstalten. Die Frankfurter Ausstellung soll keine Nachahmung ihrer Berliner Vorgängerin sein. Diese wollte ein Bild von der Heimarbeit in ganz Deutschland geben; das erzielte Bild konnte aber nach Lage der Dinge nicht vollständig sein; in der Hauptsache waren es Schlaglichter, die auf einzelne Zweige der Heimarbeit geworfen wurden. Die Frankfurter Ausstellungsleitung hat sich eine andere Aufgabe gestellt; sie wollte die Heimarbeit in einem bestimmten Wirtschaftsgebiet zur Darstellung bringen, dabei aber alle Zweige der Heimarbeit berücksichtigen, die in diesem beschränkten Gebiet vorkommen.

Das „Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet“, welches für die Ausstellung in Betracht kommt, wird umgrenzt von den Gebirgen Westerwald, Vogelsberg, Rhön, Spessart und Odenwald einschließlich Rheinhessens. Es handelt sich also um ein verhältnismäßig kleines Gebiet, in welchem jedoch die Heimarbeit außerordentlich stark vertreten ist, daher die günstigsten Bedingungen für das Gedeihen dieser Produktionsmethode gegeben sind. Einestheils liegen hier eine Reihe von großen Städten, die infolge des starken Angebots von Arbeitskräften und der dadurch bedingten Konkurrenz sowie infolge der teuren Preise für Wohnung und Lebensmittel die Familien der Arbeiter zum Mitterwerb nötigen und so der Heimarbeit Vorschub leisten. Andererseits sind die nahegelegenen Gebirge mit wenig ergiebiger Landwirtschaft der Sitz zahlreicher Zweige der Heimarbeit, welche von der bäuerlichen Bevölkerung betrieben wird, die in der Landwirtschaft allein ihr Auskommen nicht findet.

Der Berliner Ausstellung ist unter anderem der Vorwurf gemacht worden, daß sie ein tendenziös gefärbtes Bild gab, da sie in der Hauptsache von den Gewerkschaften veranstaltet war. Diesem Vorwurf suchte man in Frankfurt von vornherein dadurch zu begegnen, daß man zur Erforschung jedes einzelnen Zweiges der Hausindustrie sowie zur Sammlung der Ausstellungsgegenstände besondere Sachverständige einsetzte, welchen neben einem unparteiischen wissenschaftlichen

Leiter Vertreter der Unternehmer und Arbeiter angehören. Es wurden auf diese Weise circa 70 Sachverständige gebildet, welche sich zum Zwecke der Untersuchung der Verhältnisse an alle beteiligten Faktoren, insbesondere also an die Fabrikanten und Arbeiter wandten. Vom wissenschaftlichen Ausschuss der Ausstellung waren Fragebogen ausgegeben worden, deren richtige Beantwortung den Sachverständigen nicht sehr leicht gemacht wurde; sie hatten sowohl bei Unternehmern wie bei Arbeitern viel unbegründetes Mißtrauen zu bekämpfen. Bei der Arbeit der Sachverständigen handelte es sich nicht allein darum, die notwendigen Angaben, wie Stücklohn, erzielter Stundenverdienst usw., für die Ausstellungsgegenstände zu erlangen, sie hatten auch der Erforschung der sozialen und hygienischen Verhältnisse der Heimarbeiter besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Das reiche Material, das auf diese Weise gesammelt wurde, wird zu eingehenden Darstellungen der einzelnen Zweige der Heimarbeit (Monographien) verarbeitet. Leider hat sich die Fertigstellung dieser Schriften verzögert, so daß sich die Ausstellungsbesucher zunächst mit kurzen Skizzen zufriedengeben müssen.

Ebenso fehlt es auch an einem eigentlichen Katalog der Ausstellungsgegenstände. Der „Führer durch die Heimarbeit ausstellung“ gibt wohl recht zweckmäßige Hinweise, welche das Studium der Ausstellung erleichtern, er beschäftigt sich aber nicht mit den einzelnen Ausstellungsgegenständen. Wer sich über die Herstellungsweise dieser, über die gezahlten Preise, die erzielten Stundenlöhne usw. unterrichten will, ist auf die dem Gegenstand beigegebenen „Etiketten“ angewiesen, die sozusagen die wichtigsten Objekte der Ausstellung sind, denen der eigentliche Gegenstand gewissermaßen nur zur Illustration dient. Diese Etiketten sind, je nachdem, ob es sich um die Arbeit von Männern, Frauen oder von ganzen Familien handelt, in verschiedenen Farben gehalten. Das erleichtert die Orientierung, doch müssen die Etiketten, wenn man sich ein Bild von den Verhältnissen in der betreffenden Industrie machen will, mit einem gewissen Maß von Kritik gelesen werden. Bei den Angaben über die Zeit, in welcher das Stück hergestellt wird, und über die erzielten Löhne handelt es sich nicht um Durchschnittsangaben, sondern diese Daten beziehen sich nur auf das ausgestellte Stück und den Arbeiter, der es angefertigt hat. Selbstverständlich haben sich die Sachverständigen Mühe gegeben, typische Beispiele auszuwählen, aber auch so war die richtige Ausfüllung der Etiketten mit Schwierigkeiten verbunden, die nicht in allen Fällen zu überwinden waren. Das gilt insbesondere für die Feststellung der Arbeitszeit, die auf das Arbeitsstück verwendet wurde, und für die Ermittlung des erzielten Stundenlohns. Wo über diese Fragen in den Sachverständigen keine Verständigung zu erzielen war, ist das auf den Etiketten vermerkt; man begegnet deshalb hier an manchen Stellen der Bemerkung, daß es sich um Angaben des Fabrikanten handelt.

Von der Ausstellungsleitung wird gerühmt, daß die wissenschaftlichen Bearbeiter des Materials in gleicher Weise von Unternehmern wie von Arbeitern unterstützt wurden; bei den Unternehmern scheint aber die Liebe zur Sache vielfach mehr platonischer Art gewesen zu sein. Man merkt das daran, daß die Frage nach dem Verkaufspreis des ganzen Gegenstandes sehr häufig unbeantwortet geblieben ist. Offenbar schämten sich die Unternehmer, anzugeben, wie groß ihr Gewinn ist im Vergleich zu dem Hungerlohn, mit welchem die Arbeiter abgepeißt werden.

Die Annahme, als ob ausschließlich grobe und minderwertige Waren in der Hausindustrie hergestellt werden, findet eine treffliche Widerlegung, wenn man die in zweierlei Hinsicht unergiebigeren Besonderen betrachtet, die in Spessartböfem und anderen Orten in der Umgebung von Seligenstadt angefertigt werden. Es handelt sich um künstlerische Arbeiten von höchster Vollendung, die zu den elegantesten Kleidungsstücken verwendet werden; den fleißigen Arbeiterinnen bringen sie aber nur Stundenlöhne von 16 bis 20 Pf. Bei den ausgestellten Gegenständen handelt es sich aber um die Leistungen besonders geschickter Arbeiterinnen; die üblichen Löhne in dieser Industrie bewegen sich nur zwischen 10 und 15 Pf. in der Stunde. Noch schlechter gestellt sind die Arbeiterinnen bei der Filzstrickerei im hohen Taunus. Hier ist das Zwischenmeistersystem stark ausgebildet, und die erzielten Stundenlöhne schwanken zwischen 1 1/2 und 10 Pf. Auch in der Wäschearbeitung findet man neben einfachen Sachen auch hochlegante Stücke, die aber kaum besser bezahlt werden. Bei teilweise außerordentlich langer Arbeitszeit beträgt der erzielte Stundenlohn im Durchschnitt 12 bis 20 Pf.

Sehr reichhaltig ist die Portefeuilleindustrie vertreten, die ihren Hauptsitz in Offenbach hat. Hier herrscht die männliche Arbeitskraft vor, dabei ist das Zwischenmeistersystem stark ausgebildet. Die ausgestellten Waren weisen neben Stundenlöhnen von 15 bis 20 Pf. auch solche von 60, 70 und mehr Pfennig auf, doch dürfte es sich hier, was allerdings aus den Etiketten nicht klar hervorgeht, um Zwischenmeisterverdienste handeln. Bei den ausgestellten Pelzwaren handelt es sich um die Verrichtung bestimmter Arbeitsprozesse an den in der Fabrik vorgearbeiteten Gegenständen. Der Sitz dieser Industrie, für welche ausschließlich Frauen in Betracht kommen, ist Darmstadt, die erzielten Stundenlöhne gehen kaum über 15 Pf. hinaus. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Arbeit an Strohhüten, bei welcher 13 bis 17 Pf. pro Stunde verdient werden. Bei der Herstellung von Taillenstücken im Taunus werden Stundenlöhne von 10 Pf. erzielt. Die Gürtelnähererei, die zum Teil in Frankfurt betrieben wird, verzeichnet Stundenverdienste von 25 bis 30 Pf.

Sehr stark ist naturgemäß die Herrenkleidung vertreten, und zwar finden wir alle Qualitäten von guter Masarbeit bis

zur geringwertigsten Konfektion. Dementsprechend schwanken auch die erzielten Löhne. Der Herrenkleiderkonfektion aus Mchassenburg ist ein besonderes Zimmer eingeräumt, in welchem neben den fertigen Stücken auch die Zuschnitte ausgestellt sind, wie sie den Heimarbeitern übergeben werden. Das Zuschneiden wird von der Maschine besorgt, und zwar sind je 25 Exemplare von jedem Teil in ein Bündel verpackt. Gerade in dieser Abteilung weisen die erzielten Stundenlöhne ganz außerordentliche Unterschiede auf. Auffällig ist auch die genaue Angabe über die zur Herstellung des einzelnen Gegenstandes erforderliche Zeit. So finden wir als Arbeitszeit für eine Hose 56 Minuten, für eine andere eine Stunde 12 Minuten, für eine Weste 1 Stunde 24 Minuten, für eine andere 86 Minuten. Vermutlich erfolgte die Berechnung als Durchschnittsleistung bei der Herstellung einer größeren Partie des gleichen Gegenstandes, doch ist es erwähnenswert, daß die Richtigkeit der Angaben vielfachen Zweifeln begehnet. So waren wir zum Beispiel Zeuge, wie einige Fachleute es als absolut unmöglich bezeichneten, daß die erwähnte Weste in 86 Minuten hergestellt werden könne.

Eine Heimindustrie, deren Glanz sprichwörtlich ist, die aber jetzt immer mehr verschwindet, ist die Handweberei. Wie eine Ruine aus vergangener Zeit mutet uns der alte Weber aus der Rhön an, der in der Ausstellung an seinem aus dem 18. Jahrhundert stammenden Webstuhl arbeitet. Die Handweber bringen es bei langer Arbeitszeit und unter Mithilfe von Frau und Kindern, die beim Spulen helfen, auf einen Tagesverdienst von etwa 2 Mk. Eine andere im Aussterben begriffene Hausindustrie ist die Nagelschmiederei, welche noch von einer größeren Zahl meist älterer Leute im Taunus und im Odenwald ausgeübt wird. Bei elfstündiger Arbeitszeit dürfte ein Stundenverdienst von höchstens 20 Pf. erzielt werden. In der Ausstellung ist die primitive Werkstatt eines Nagelschmieds aufgebaut. Hier fällt ein breites Holzrad auf, welches, durch etnen darin laufenden Hund in Bewegung gesetzt, dazu dient, den mit ihm in Verbindung stehenden Blasebalg auf- und zuzubrüden.

Von den zahlreichen anderen Zweigen der Heimarbeit, die in der Ausstellung vertreten sind, (die Holzindustrie werden wir in einem besonderen Artikel besprechen), wollen wir nur noch die Säckelkerei erwähnen. In der kurzen Beschreibung, die als Auszug aus der später erscheinenden Monographie von der Ausstellungsleitung herausgegeben ist, heißt es, daß man bei der Säckelkerei zwischen eigentlicher Heimarbeit und einer Wohlfahrtsanrichtung zur Unterstützung bedürftiger Arbeiterwitwen unterscheiden müsse. In der Zementfabrik in Almböburg, wo das Säckelkerei „Wohlfahrtsanrichtung“ ist, richtet sich die Zahl der den Arbeiterwitwen zugeteilten Säcke nach der Zahl der unmündigen Kinder. Pro Stück wird 5 Pf. gezahlt, dagegen zahlt eine Maßfabrik in Worms, die der Ausbeutung kein Wohlfahrtsmännchen umhängt, 6 Pf. — Die kritiklose Wiedergabe dieser Wohlfahrtsmännchen läßt vermuten, daß die Ausstellungsleitung bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter nicht immer eine glückliche Hand hatte.

Preussische Reaktion.

Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens ist eine, man möchte fast sagen gerichtnotorische Tatsache, deren Vorhandensein allerdings von den Vertretern der äußersten Rechten des Landtags auf das entschiedenste bestritten wird. Um so mehr ist eine kleine Schrift zu begrüßen, die ein genauer Kenner der Verhältnisse, ein Bürgermeister, der wohl aus leicht verständlichen Gründen nicht mit seinem Namen hervortritt, jedoch, gerade noch rechtzeitig, um uns als Agitationsmittel in dem bevorstehenden Wahlkampf zu dienen, im Verlag der „Hilfe“ hat erscheinen lassen.*

In dem ersten Teil seiner interessanten Schrift gibt der Verfasser einige bemerkenswerte Anschauungen über das Wesen der Reaktion zum besten. Ein nicht gerade schmeichelhaftes Bild entwirft er von den Idealen des „anständigen Menschen“, das heißt des Menschen, der in gewissen Kreisen als anständig gilt, und von der geistigen Stagnation der höheren Klassen. Ganz absonderliche Vorstellungen haben die Klassen, aus denen sich die Regierungsbehörden in Preußen rekrutieren, von dem Begriff der Vornehmheit. Reiten, jagen, fromm sein, das alles ist in Preußen vornehm, das alles sind aber gleichzeitig auch die Voraussetzungen für die Erlangung einflussreicher Stellen im Staat, den Provinzen, den Kreisen und wohl auch manchen Gemeinden. Hat der „gebildete“ Preuße geistige Interessen, dann gründet er Vereine, die sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, hat er keine, dann ersetzt ihm der Stammtisch, der Kegellub, der Stabatend die metaphysischen Bedürfnisse, und er wundert sich über die Arbeiter, diese merkwürdigen Leute, deren Organisationen sich um die preussische Gesetzgebung und ihre Handhabung kümmern. Von dem Sozialismus hat der „gebildete“ Preuße meist keine Ahnung, die Werke der Vorkämpfer des wissenschaftlichen Sozialismus sind selbst in ihren Grundzügen dem größten Teil der wissenschaftlich Gebildeten der bürgerlichen Parteien unbekannt, aber trotzdem reden sie des langen und breiten über die angeblichen Schwächen des Sozialismus, über Terrorismus, Zukunftsstaat und ähnliches und malen bei jeder Gelegenheit das rote Gespenst an die Wand. Betrachtet man ferner die Cliqueurwirtschaft des Adels, der sich nicht als Mensch oder als Staatsbürger, sondern als Mitglied einer einflussreichen Familie fühlt, und weiter den unheilvollen Einfluß des Reserveoffizierturns auf die poli-

* Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens. Von Bürgermeister L. J. in Z. 1908. Buchverlag der „Hilfe“. 1,80 Mk.

tische Bestimmung in Preußen, sowie die Erziehung der Korpsstudenten, deren Benehmen von Jugend auf auf die Ergründerung eines Landratspostens gerichtet ist, so kann man sich über den geistigen Tiefstand der herrschenden Kreise Preußens, über ihre politische Unwissenheit und Gleichgültigkeit, über das sich breitmachende Strebertum nicht mehr wundern.

Die Folgen dieser Zustände machen sich zum Schaden der Gesamtheit des Volkes bemerkbar in der so wichtigen inneren Verwaltung. Schon bei der Annahme der Regierungsfereferendare wird die peinlichste Rücksicht auf ihre Abstammung genommen. Der Adel wird so sehr bevorzugt, daß im Jahre 1906 von den 12 preussischen Oberpräsidenten nicht weniger als 11, von 36 Regierungspräsidenten 23 und von 244 Regierungsfereferendaren 114 ablig waren. Ja, für den Landratsposten in einigen Bezirken scheint sogar der einfache Adel nicht mehr zu genügen, sondern der Grafentitel eine Art Erfordernis zu sein. Um bei der Bewerbung um die Zulassung zur höheren Verwaltungskarriere berücksichtigt zu werden, muß man die Befähigung zu reaktionärer Betätigung und Beziehungen zum Adel haben; Leute von Intelligenz, die ihre Examina gut bestanden haben, aber sich nicht zu einer hochkonservativen Gesinnung aufzuschwingen vermögen, scheiden in der Regel aus. So leidet denn das preussische Volk seit mehr als einem Jahrhundert darunter, daß in fast jedem Regierungsbezirk jemand an die Spitze gestellt wird, der aus einem Gesellschaftskreis mit den rückständigsten Weltanschauungen ausgesucht ist. . . Wir glücklichen Preußen konservieren ängstlich Persönlichkeiten mit den fossilsten Anschauungen in den wichtigsten Ämtern unserer Verwaltung, und das wäre alles nicht schlimm, wenn nicht der Nachwuchs darin aufgezogen würde, wenn nicht der Nachwuchs begierig und eifrig, auch der bürgerliche, diese fossilsten Anschauungen von der Bedeutung des Adels, der Gefährlichkeit des Kulturfortschritts, der Nebensächlichkeit der Industrie gegenüber der Landwirtschaft und all die anderen von unseren Großvätern schon vor 1848 erkannten Irrtümer sorgfältig weitererschleppte. Die preussische Verwaltung ist erstarrt in Junkertum und Polizei, dem uralten Bund zwischen Feudalismus und Bureaucratie.

Worin äußert sich nun dieser Bund zwischen Feudalismus und Bureaucratie? Zunächst in einer gewissen Städtefeindschaft, deren Selbstverwaltungsrechte die Regierung mehr und mehr beschneidet, sodann darin, daß die wichtigsten Verwaltungsstellen im Staate grundsätzlich nur mit den einseitigsten Aristokraten streng agrarischer Richtung besetzt werden. Die Beamten sind und müssen Anhänger der jeweiligen Regierungspartei sein. Dazu kommt die Abhängigkeit der Ehrenbeamten in der Gemeindeverwaltung vom Landrat, eine Abhängigkeit, die so weit geht, daß die Gemeindevorsteher vielfach nur die die Befehle des Landrats ausführenden Organe sind. Sachverständige und vorgebildete Berufsbeamte wünscht man in den Landgemeinden nicht, denn dann hätte die Landratsregierung, auf der die preussische Reaktion basiert, ein Ende, und es schwände das Ideal des Landrats — „der Gemeindevorsteher, der in starrer militärischer Haltung dem königlichen Landrat gehorcht, daß auf dessen Ersuchen hin die Gemeindevertretung die von der Aufsichtsbehörde gewünschten Beschlüsse gefaßt hat“.

Auch in den Stadtverwaltungen macht sich die Reaktion, wenn auch in anderer Form, bemerkbar. Das Dreiklassenwahlsystem mit seiner Bevorzugung der Hausbesitzer hat in den meisten Städten Hausagrariereparteien gezeitigt, die der Besteuerung des Grund und Bodens, vielfach auch der Besteuerung der Bodenpekulation entgegenarbeiten; Mittelstandspolitiker machen sich breit, um am liebsten die alten Zwangs- und Bannrechte wieder auszugraben; die besitzenden Kreise vernachlässigen die Volksschule; die Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter stoßen auf heftigen Widerstand. Das schlimmste aber ist, daß die preussische Reaktion es sich zur Aufgabe gestellt hat, die gesetzliche Selbstständigkeit der Ortspolizeibehörde und ihren Zusammenhang mit der Gemeinde lahmzulegen. Die Polizeibehörden haben einfach den Weisungen der Aufsichtsbehörde Folge zu leisten, die Gemeinden haben zu zahlen, aber nichts zu sagen.

Auf die ganze Verfassung Preußens des näheren einzugehen, ist an dieser Stelle unmöglich. Schon diese wenigen Andeutungen lassen erkennen, wie tief wir in Preußen heute, 60 Jahre nach Erlass der Verfassung, im Grunde genommen noch im Absolutismus stecken. Nur ist es heute nicht mehr der Absolutismus des Königs, sondern der des Adels, der die Ursache der Reaktion bildet. Die Reaktion hat es verstanden, überall einzudringen und oft unbewußt die Gesetze des Staates und der Gemeinden in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zu ihrer Beseitigung bedarf es neben einer genauen Kenntnis der preussischen Verhältnisse unermüdlicher Arbeit, vor allem der Demokratisierung von Staat und Gemeinde. Die Voraussetzung hierfür aber ist der Ersatz der plutokratischen Wahlsysteme durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Vor sechzig Jahren.
(Schluß.)

Im allgemeinen verliefen die Lohnbewegungen der Handwerker und gelernten Arbeiter ohne nennenswerte Kampfercheinungen. Man feierte ein paar Tage, zog mit klingendem Spiele und Fahnen, unter denen die schwarzrotgoldene Fahne nicht fehlen durfte, durch die Straßen, und dann kam es auf irgend eine Weise zu einem Friedensschluß mit den Prinzipalen, der wieder durch einen Umzug mit Fahnen,

feierliche Danktagungen an die Meister und dergleichen gefeiert wurde. Insofern fehlte es nicht an Fällen, wo gegen Arbeitswillige Zwang ausgeübt wurde, was natürlich gewisse bürgerliche Kreise zu heller Entrüstung gegen die Arbeiterschaft entflammte und die Behörde zum Einschreiten gegen die „Terroristen“ veranlaßte.

Am rührigsten waren im Revolutionsjahr wohl die Berliner Buchdrucker. Sie forderten in April 1848 von den Prinzipalen eine Herabsetzung ihrer 12 bis 14 Stunden pro Tag betragenden Arbeitszeit und eine mäßige Erhöhung ihres Lohnes, der sich im Durchschnitt auf 4 Taler pro Woche belief. Unterhandlungen waren erfolglos, so daß am 28. April die Arbeit eingestellt wurde. Verschiedene Zeitungen konnten gar nicht, andere nur in sehr beschränktem Umfang erscheinen. So entschlossen sich denn die Prinzipale zu einem Vermittlungsvorschlag, wonach die Streitfrage bis zum 1. Juni endgültig geregelt sein sollte, und das Komitee der Gehilfen stellte es daher am 30. April den Kollegen freige nachdem wieder an die Arbeit zurückzukehren. Als aber eine größere Zahl der Gehilfen am 1. Mai sich wieder zur Arbeit meldete, verlangte man in verschiedenen Druckereien Unterschreibung eines Reverses, wonach sie ihre „Neue über den getanen Fehltritt“ ausdrücken und versprechen sollten, sich nie wieder zu dergleichen Missetaten hinreißen zu lassen. Natürlich wurde das Ansinnen mit Entrüstung zurückgewiesen, in den betreffenden Druckereien die Arbeit sofort wieder eingestellt und erst wieder aufgenommen, nachdem am 2. Mai der Stadtrat den versammelten Gehilfen die Mitteilung überbracht hatte, daß die Prinzipale beschlossen hätten, den Revers zurückzuziehen. — Zu einer erneuten Arbeitseinstellung im Buchdruckergewerbe kam es im August, wobei es sich um Durchführung eines Normalarbeitstarifs für ganz Deutschland handelte, doch scheint diese Bewegung weniger bedeutungsvoll gewesen zu sein als die erste.

Über die Stimmung in bürgerlichen Kreisen ob dieser „Streikerei“ informiert am besten eine Bekanntmachung des Magistrats vom 23. April 1848, die folgenden Wortlaut hat: „In den letzten Tagen haben Gehilfen, Gesellen und Arbeiter vielfach ihren Verpflichtungen sich entzogen, um den öffentlichen Versammlungen beizuwohnen, man hat sogar den fleißigen Arbeiter in seiner Beschäftigung zu stören versucht. Nachdem das königliche Polizeipräsidium bereits die öffentlichen Aufzüge unterjagt, müssen auch wir die Gehilfen, Gesellen und Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß die Gesetze das eigenmächtige Verlassen der Arbeit nachdrücklich ahnden, daß diese gesetzlichen Bestimmungen ihre volle Gültigkeit haben und daß deren kräftige Handhabung zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung unerlässlich ist. Die Sonntage und Feterabendsstunden bieten zu gemeinsamen Beratungen und Besprechungen so viel Zeit dar, daß es nur wünschenswert sein kann und im Interesse der Gewerbegehilfen selbst liegen muß, wenn der ohnehin bedrängte selbständige Gewerbetreibende bei seinem mühevollen Erwerb nicht weiter unterbrochen und gestört wird.“

So stand es um die Anerkennung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, als erst kaum fünf Wochen nach dem Barrikadenkampf verstrichen waren, bei dem, wie die liberalen und demokratischen Bürger einstimmig anerkannt hatten, in erster Reihe die Arbeiter die Freiheit für das Bürgertum erkämpft hatten. Dabei bildeten die Arbeiter, wie im Bernsteinischen Buche immer nachgelesen werden kann, für das radikale Bürgertum doch immer nur den festen Stützpunkt.

Bezeichnend für den Geist, in dem die Berliner Arbeiterschaft in jener Zeit noch befangen war, war eine große Arbeiterversammlung, die am 26. März 1848 vor dem Schönhauser See unter freiem Himmel stattfand. Es war die größte Volksversammlung, die Berlin bis dahin gesehen hatte, man schätzte die Zahl der Teilnehmer bis auf 20000. In manchen der in dieser Versammlung gehaltenen Reden kamen die vorantastlichsten, zünftlerischen Anschauungen und Forderungen zum Ausdruck. Da wollte der eine den Gebrauch von Maschinen oder anderen arbeitssparenden Arbeitsmitteln in seinem Gewerbe verboten wissen, ein anderer keinem gelernten Arbeiter erlauben, größere Arbeit anzunehmen, ein dritter die Frauenarbeit unterdrückt haben und andere Widersinnigkeiten mehr. Dazwischen kamen allerdings auch einige wenige Arbeiter zum Worte, die eine große Einsicht in die Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung bekundeten. Diese Reden gewährten aber nicht nur tiefe Einblicke in die Denkwelt der Arbeiter, sie brachten auch ergreifende Tatsachen über die damalige Lage der Arbeiter ans Licht. Eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, ein Arbeitslohn, bei dem ein Einkommen von 12 Mk. die Woche als Ideal erschien, so tönt es aus verschiedenen dieser Reden heraus.

Die Berliner Arbeiterbewegung des „tollen Jahres“ konzentrierte sich in der Hauptsache um das von Stephan Born geleitete Zentralkomitee für Arbeiter. In einer programmatifchen Erklärung dieser ersten umfassenden, vom Geiste der Neuzeit erfüllten Arbeiterorganisation Deutschlands heißt es unter anderem: „Wir schlagen unsere Kräfte weder zu hoch noch zu niedrig an; es ist wahr, wir stehen jetzt auf einer Stufe der Entwicklung, von der uns keine Gewalt auf Erden mehr zurückwerfen soll. . . wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in unsere Hände, und niemand soll sie uns wieder entreißen. Aber neben diesem Gefühl unserer Stärke wissen wir auch, daß es in unserem Vaterland noch keineswegs zwei scharf getrennte Volksklassen, Kapitalisten und Arbeiter, gibt, sondern daß in demselben sich noch andere Elemente geltend machen. . . Wollen wir es dahin bringen, daß wir als Arbeiterklasse, als eine Macht im Staate dastehen, daß jeder von uns sich als Mitglied derselben erkläre und betätige, so wird die Organisation der Arbeiter für uns zur ersten Notwendigkeit, sie ist unsere erste Aufgabe. . .“ Man solle Besserung nicht von einigen

Menschenfreunden erwarten, sondern den Staat verpflichten für einen Schutz der Arbeiterklasse Sorge zu tragen, und sich auf dem Wege der Organisation selbst helfen. — Das die Grundsätze des Zentralkomitees für Arbeiter. Diese Arbeiterverbindung erfreute sich bis weit in das bürgerliche Lager hinein großen Wohlwollens.

Es fehlte in jenen Tagen natürlich nicht an allen möglichen geräuschvoll inszenierten Aktionen politischer oder wirtschaftlicher Art, in denen die Arbeiter mehr oder weniger die Führung hatten. Hier ist in erster Linie an eine von radikal-revolutionärer Seite inszenierte Straßen demonstration gegen die indirekte Wahl, am Gründonnerstag 1848, zu erwähnen. In einem Zuge von 60000 Mann sollten die Arbeiter vor das Palais des Ministers Camphausen ziehen und den Minister durch ein Komitee zur Abänderung des Wahlgesetzes auffordern. Durch Gegenagitation, besonders von bürgerlicher Seite aus, wurde die Demonstration vereitelt. Zur Stunde, wo diese stattfinden sollte, fanden sich im ganzen zwischen 1000 bis 1500 Personen in kleineren Trupps auf dem als Sammelplatz bestimmten Alexanderplatz ein und bildeten dort Gruppen, die sich mit der schon aufgestellten Bürgerwehr unterhielten. Nach zwei Stunden vergeblichen Harrens auf eine größere Zahl von Demonstranten wurde bekanntgegeben, daß der Zug abbestellt worden sei.

Auch folgender Vorfall beleuchtet grell die Anschauungen eines Teils der Berliner Arbeiterschaft jener Zeit: Die „Rehberger“, vom Berliner Magistrat an den Rehbergen beschäftigte arbeitslose Erdarbeiter, hatten eine Erhöhung ihres Taglohns erkämpft. Eine für sie aufgesetzte Adresse bezeichnete als Forderung der Tagelöhner für 12 Stunden Arbeit im Sommer nach heutigem Geld 2 Mk. und für 10 Stunden Arbeit im Winter 1,75 Mk. Taglohn. Einige Tage darauf erklärten die Erdarbeiter, sich mit 1,50 Mk. pro Tag begnügen zu wollen, und als ihnen dieser Satz bewilligt wurde, zogen sie, 1800 Mann stark, in feierlichem Zuge und mit geschmücktem Spaten vor das Rathaus, sich bei den Behörden für die Bewilligung zu bedanken. Drei Tage darauf gab es indes schon einen kleinen Tumult, weil ein Baubeamter Arbeiter hatte veranlassen wollen, Akkordarbeit zu liefern, und das Gewerk der Zimmerleute beschwerte sich in einem öffentlichen Anschlag darüber, daß arbeitslosen Kollegen, die sich bei öffentlichen Arbeiten gemeldet hätten, von den Erdarbeitern angebroht worden sei, man werde sie mit Gewalt davonjagen, wenn sie sich unterfangen sollten, solche Arbeit zu übernehmen. Und Erdarbeiter waren es auch meist, welche sich zu den Sprengungen radikaler Klubs anwerben ließen, die in jenen Tagen wiederholt stattfanden. Sie lieferten einen Teil der „schwarzen Hundert“ der Berliner Revolution.

Bedenkliche Arbeiterdemonstrationen waren auch die Aufzüge turbulenter Trupps vor Kleiderläden, Möbelläden usw., welche letzteren von den noch in zünftlerischen Anschauungen befangenen Arbeitern als Schädlinge der Arbeiterinteressen betrachtet wurden. Es gab da allerhand unliebsame Szenen und Konflikte mit der Bürgerwehr, welche die Läden zu schützen hatte.

Mehr Rechtfertigung hatte eine Aktion der Volksmassen in der Brotfrage. Am 17. und 18. April 1848 zogen, nachdem am 16. April in einer Zeltensammlung der Brotwucher zur Sprache gebracht und Selbsthilfe als das einzige Mittel zur Abhilfe bezeichnet worden war, Arbeitertrupps durch die Stadt vor alle Bäckerläden. Bei jedem Laden wurde Halt gemacht, ein oder zwei Mann gingen in den Laden und wogen die Fünftroschenbrote nach. fand sich, daß die Brote weniger als 6 Pfund wogen, so wurde ein solches Brot mit einer entsprechenden Inschrift vor die Ladentür angenagelt. Auf diese Weise suchte sich das Volk gegen Übervorteilung durch mucherische Bäcker zu schützen und erreichte es, daß wenigstens eine Verfügung erlassen wurde, wonach die Bäcker die Gewichtpreise des Brotes durch Aushang täglich bekannt zu machen hatten.

So viel über die Lage und den Charakter der Berliner Arbeiterschaft vor 60 Jahren sowie über die Arbeiterbewegung jener Jahre. Wir haben naturgemäß darüber an Hand des Bernsteinischen Buches nur einen kurzen Überblick geben können; jenen Kollegen, die sich für die hier aufgeworfenen Fragen interessieren, möchten wir das vorzügliche Werk zur bevorzugten Lektüre empfehlen. Aber ein Vergleich von damals mit heute, den die Leser sich selbst ziehen können, erhellt schon, daß wir es mit unserer Bewegung doch herrlich weit gebracht haben, besonders in Berlin.

Stimmen zum Verbandstag.

Der Verbandstag in Stettin steht im Zeichen der Änderung unserer Taktik bei den Lohnbewegungen. Der vorjährige große Lohnkampf hat auf der Grundlage des Abschlusses von 14 Tarifverträgen mit einheitlichem Abschlußtermin geendigt, und auch die diesjährige Frühjahrskampagne ist bereits in Leipzig durch den Abschluß von abermals 23 Verträgen beendet worden. Das ist eine Veränderung, die vor fünf Jahren auch der schärfste Beobachter der Entwicklung unserer Organisation nicht vorausgesehen hat. Ganz naturgemäß gibt es denn auch einen Teil von Kollegen, die in Verkennung der Ursachen in dieser neuen Entwicklung auf dem Gebiet der Lohnbewegungen eine Verflachung des Klassenkampfcharakters unserer Organisation sehen. Nur gemacht, vorläufig haben wir den Reichstags noch nicht, dazu ist der Boden in der Holzindustrie noch nicht genügend gebriet. In dem jetzigen Stadium der tariflichen Entwicklung werden die hierzu notwendigen Eigenschaften erst langsam heranreifen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit hat innerhalb der letzten Jahre eine ungeahnte Schärfe angenommen. Jedes Mittel, um den Gegner zu schwächen, ist

bereits heute von beiden Seiten angewendet und auf seinen Wert geprüft worden. Die Streiks und Boykotts, als wirksamste Waffen von unserer Seite, beantwortete das Unternehmertum mit Ausperrungen und Schwarzen Listen. Verheerende Wirkungen haben diese Mittel in ihrer Anwendung in den einzelnen Industriezweigen nachgerufen. Als drastisches Beispiel stehen mir dabei die Verhältnisse an der Unterweser vor Augen. Die Herren Unternehmer in der Schiffbauindustrie werden gewiß nicht behaupten, daß durch die ständig inszenierten Ausperrungen die Leistungsfähigkeit des Schiffbaues gestiegen ist. Durch die Erkenntnis dieser Tatsache ist denn das Bedürfnis nach friedlicher Verständigung erwacht. Der eine sieht in des anderen Stärke mehr den achtunggebietenden Gegner, und durch Gründe der teilweisen Selbstbehaltung werden dann beide gezwungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf einer gesunden Bahn zu befestigen. Als ein solches Mittel gilt der Tarifvertrag auf breiter Grundlage. Dem scharfen Beobachter unseres Wirtschaftskörpers wird es nicht entgehen, daß das, was sich jetzt als eine neue Erscheinung auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse Bahn bricht, bereits wo anders seinen Einzug gehalten hat. Durch Verträge ist die Ein- und Ausfuhr der Produkte zwischen den einzelnen Staaten geregelt. Starke Fabrikantenringe sorgen heute für die Festsetzung des jeweiligen Preises über das bestimmte Stück Ware. Überall die organisierte Grundlage, auf der sich in einzelnen Stufen unserer wirtschaftlichen Gebäude erhebt. Nun sage man mir nicht, daß ich ein Überschätzer der Tarifverträge sei. Ich halte es mit Adolf Braun, der dieselben in seinem Buche in ziemlich nüchternen Weise beurteilt. Wenn der Verbandstag nach Anhörung des Referats und Korreferats über die tarifliche Entwicklung in ruhiger Weise diskutiert, so wird er nicht umhin können, die eingeschlagene Taktik des Vorstandes als eine vorteilhafte für den Verband gutzuheißen. Für die Anträge des Vorstandes zu §§ 12 und 177 des Statuts bin auch ich nicht zu haben und schließe mich im allgemeinen der an dieser Stelle bereits geübten Kritik an.

B. Heinemann-Bremerv. Haven.

Vom Verbandstag wird vieles verlangt, auch manches, was er nicht leisten kann. So wird es ihm nicht möglich sein, die Fluktuation im Verband zu beseitigen. Man glaubt, daß durch die Annahme der Staffelbeiträge der Fluktuation entgegen gewirkt werden könnte, weil angeblich die hohen Beiträge die Ursache dieser Erscheinung sind. Meiner Meinung nach ist es nicht die Höhe des Beitrags, sondern die Höhe der Unterstützung, was viele veranlaßt, uns den Rücken zu kehren. Das hat seinen Grund darin, daß der Verband vielfach als Unterstützungsverein betrachtet wird. Schuld hieran ist ohne Zweifel das Hervorheben bei der Agitation, daß nach sowasviel geleisteten Beiträgen man Anrecht hat auf soundsoviel Unterstützung. Der wahre Zweck des Verbandes wird fast gar nicht betont, und doch ist dies notwendig, wenn nicht mancher Neugewonnene eine Enttäuschung erleben soll. Kollegen, die die Unterstützung als Grund ihrer Zugehörigkeit zum Verband betrachten, haben vor allem das Verlangen, recht viel und oft Unterstützung zu beziehen. Doch nicht jeder hat das „Glück“ innerhalb eines oder mehrerer Jahre krank, arbeitslos — oder gar gestorben zu sein —, so kommt es wohl oft vor, daß man einige Jahre Beitrag gezahlt hat, ohne einen Pfennig Unterstützung bezogen zu haben. Wenn das nun Kollegen passiert, die den Verband nur als Unterstützungsverein betrachten, so sagen sie sich, das hat keinen Zweck, und melden sich ab. Dieser Zustand kann nicht durch den Verbandstag und nicht durch niedrige Beiträge beseitigt werden, sondern nur durch Änderung der Agitation. Wenn der Kampfscharakter des Verbandes bei der Agitation mehr hervorgehoben wird, so werden die Kollegen, die auf diese Weise gewonnen werden, dem Verband treu bleiben.

Den Antrag von Berlin und Verdau auf die Tagesordnung zu setzen: „Unsere Stellungnahme zum Generalstreik“, kann ich nur gutheißen. Die Erörterung dieser Angelegenheit bringt uns keinen Schaden, sondern hat einen großen erzieherischen Wert. Dagegen ist die von Berlin: „Der Vorstand soll bei Beschluß von Satz und den die Belehungsfrage mit regeln“ unbegreiflich. Wenn wir die Zahl der Belehlinge in unserem Beruf beschränken, wird das zur Folge haben, daß in Beruf, die nicht die Macht besitzen, ebenfalls eine Beschränkung durchzusetzen, ein Überangebot von Belehlingen stattfindet, was hier dieselben Zustände zeitigen würde, die wir uns durch die Beschränkung der Belehlingzahl vom Hals halten. Das zu wollen kann doch unser Bestreben nicht sein, das ist doch sicherlich nicht der sozialistische Geist, der in den Gewerkschaften herrschen soll, sondern jener zünftlerische Geist vergangener Jahrhunderte.

H. Scheffler-St. Lenburg.

Den Vorschlag unseres Hauptvorstandes, von einer Erhöhung der Beiträge und einer Erweiterung des UnterstützungsweSENS abzusehen, kann man nur als selbstverständlich bezeichnen, denn bei der ungünstigen Geschäftslage wäre es doch einfach ein Unding, dem Verbandstag mit einer Beitragserhöhung zu kommen. Anträge auf Erweiterung des UnterstützungsweSENS sind teilweise auf den Konferenzen verhandelt und abgelehnt worden, so daß wohl auch der Verbandstag einschneidende Änderungen hierin nicht beschließen wird. Was die Anträge des Vorstandes anlangt, so ist in § 76 der Absatz enthalten: „Wichtige Beschlüsse können nur dann gefaßt werden, wenn die betreffende Tagesordnung den Mitgliedern vorher bekanntgemacht ist.“ Dann der Absatz, die Wahl der Vertrauensmänner betreffend. Es wäre wohl richtiger, derartige wichtige Sachen nicht statutarisch niederzulegen, diesen Teil könnte der Hauptvorstand ruhig zurückziehen. Vom § 77 sind die Zeiger Kollegen der Ansicht, daß dieser einstimmig vom Verbandstag abzulehnen sei. Es ist hierüber schon genügend geschrieben, so daß der Hauptvorstand wohl nicht mehr ganz im unklaren über die Stimmung der Kollegen ist. Zu § 109 hat die Zeiger Zahlstelle einen Antrag gestellt; dieser wäre vielleicht noch dahingehend zu erweitern, die Abrechnungen wieder wie früher in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Hierdurch wird mancher Kollege, welcher sonst keine Zeitung liest, diese besser lesen und verfolgen. Zur Frage der Staffelbeiträge siehe auch ich auf dem Standpunkt, daß wir früher oder später doch zu deren Einführung kommen müssen. Kommt auch der bevorstehende

Verbandstag noch nicht zu dem Beschluß, der folgende wird wohl nicht umhin können, diesem dringenden Wunsche vieler Kollegen und ganzer Zahlstellen nachzukommen. Nun will ich noch meine Ansicht zur Frage der Branchentouren äußern. Angeregt durch die Sektion der Zeiger Maschinenarbeiter, geht jetzt eine lebhaftere Aussprache durch unsere Zeitung; dies ist erfreulich, aber der Schluß ist immer der Ruf nach einer Konferenz. Die stattgefundenen Konferenzen haben meiner Überzeugung nach nicht die Früchte gezeitigt, die erhofft wurden. Hier kann ich wohl mit Recht auf die Konferenz der Geschloßmacher hinweisen. Mit Schaudern denken die hiesigen Korbmacher an die Tätigkeit, welche die dort gewählte Zentralkommission ausgeübt hat, und an den Zustand, welcher jetzt nach Stattfinden der Konferenz zu verzeichnen ist. Auch die Klavierarbeitertouren, welche vor zwei Jahren hier tagte, hat wohl nennenswerte Erfolge nicht aufzuweisen. Darum kann ich mir nicht alles Heil von den Branchentouren versprechen. Eine lebhaftere Aussprache über Mißstände in der Presse tut wohl wichtigere Dienste als so eine Aussprache in engen Zirkeln. Machen wir es den Algarixen nach, gehen wir unter das Volk und schreiben. Das können wir tun, indem wir in allen Orten genaue Statistiken führen über alle Unfälle und diese und alle Mißstände des öfteren veröffentlichen.

Georg Hiller-Zeitz.

Soziales.

Von der Reichsschuldenwirtschaft.

Das Deutsche Reich hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit eine riesige Schuldenlast angeschafft, die von Jahr zu Jahr in stets wachsendem Maße anschwillt. Am 1. Oktober 1906 betrug der Gesamtschuldenstand 8803 Millionen, ein Jahr darauf war die vierte Milliarde überschritten, und am Schlusse des laufenden Jahres wird die Reichsschuld auf 4400 Millionen angewachsen sein. Damit ist aber der Höhepunkt nicht erreicht; die nächsten Jahre werden im Gegenteil eine ganz gewaltige Steigerung der Reichsschulden bringen. Auf Grund der Ausgaben, welche der Reichstag im Prinzip bereits bewilligt hat, ist vom Reichsschatzamt eine Berechnung aufgestellt worden, aus welcher hervorgeht, daß in den nächsten fünf Jahren 1000 Millionen neue Schulden gemacht werden müssen. Das ist die Mindestsumme. Bei dem Bewilligungseifer, von dem der Reichstag besetzt ist, darf man aber mit Sicherheit annehmen, daß er in den nächsten fünf Jahren der Regierung weitere Millionen bewilligen wird, um welche sich eben das Anleihebedürfnis erhöht.

Angesichts dieser Zahlen ist es begreiflich, daß die Finanzminister in der Regierung und den Blokkparteien schweren Herzens in die Zukunft blicken. Es ist unbedingt erforderlich, der Finanzmisere des Reiches gründlich abzuhelfen, darin sind alle einig. Die Schwierigkeit entsteht aber sofort, wenn es gilt, einen bestimmten Plan zu entwerfen. Einem Privatmann, der so in Schulden steckt wie das Deutsche Reich, würde man sagen, daß zur Sanierung seiner Finanzen in erster Linie erforderlich ist, die kostspieligsten Passionen aufzugeben und seine Ausgaben für überflüssigen Luxus einzuschränken. Wer jedoch den gleichen Rat unseren Reichsfinanzministern erteilt, von dem steht sofort fest, daß er ein Reichsfeind ist, dem jedes Verständnis für das Deutsche Reiches Herrlichkeit fehlt.

Allerdings wird das Wort Sparsamkeit von den hohen Herren in der Regierung sehr oft im Munde geführt; so hat der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtens v. Sydow, der kürzlich die süddeutschen Regierungen besuchte, diesen „weise Sparsamkeit“ empfohlen. Dieser Rat kommt aber darauf hinaus, daß die Ausgaben für Kulturzwecke eingeschränkt werden, damit um so mehr Geld für den Militarismus und den Materialismus zur Verfügung steht. Ebenso begegnet man dem Verlangen nach Sparsamkeit fortwährend in den Kundgebungen der bürgerlichen Parteien, sobald es aber gilt, dieses Verlangen in die Praxis umzusetzen, dann sind alle guten Vorsätze vergessen, und die Forderungen der Regierung für kulturwidrige Zwecke werden mit Hurra bewilligt.

Im Jahre 1906 ist die Stengelsche Finanzreform durchgesetzt worden, die angeblich dazu bestimmt war, den Geldbedarf der Regierung für längere Zeit zu decken. Jetzt liegt das Ergebnis der Reichseinnahmen vor, welches beweist, daß die neuen Steuern die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben. Nur die Zigarettensteuer, deren Ertrag mit 11,5 Millionen veranschlagt war, hat 1,1 Millionen mehr gebracht, und ebenso betragen die Einnahmen aus dem Frachtturkundenstempel 15,6 Millionen statt der veranschlagten 13,7 Millionen. Über den Ertrag der übrigen neuen Steuern im Jahre 1907 orientiert die nachstehende Zusammenstellung:

	Voranschlag Millionen Mark	St-Einnahme Millionen Mark
Fahrtartensteuer	30,4	18,6
Automobilsteuer	2,9	1,6
Lautensteuer	9,8	4,2
Erbschaftsteuer	86,0	25,6

Alle diese Steuern haben also weniger Einnahmen erbracht, als vorher veranschlagt war. Am stärksten ist der Mißerfolg bei der Fahrtartensteuer, die man jetzt in der Weise zu reformieren beabsichtigt, daß die Sätze für die dritte Wagenklasse auf ihrer Höhe belassen, dagegen die der ersten und zweiten Klasse herabgesetzt werden, entsprechend dem Grundsatz, daß die leistungsfähigen Schultern gesont werden müssen.

Bei dem unverminderten Bewilligungseifer der Reichstagsmehrheit wird die Eröffnung neuer Einnahmequellen zur unabwendlichen Notwendigkeit. Eigentlich hätte die geplante große Finanzreform längst in Angriff genommen werden sollen, man hat sie jedoch vertagt mit Rücksicht auf

die Verhältnisse im Blokk. Wenn die in diesem Gebilde vereinigten Parteien auch darin einig sind, daß die Forderungen der Regierung insbesondere für das Heer, die Flotte und die Kolonien glatt bewilligt werden müssen, so bestehen doch Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Deckungsfrage. Die Konservativen erklären offen, daß sie von direkten Reichssteuern nichts wissen wollen, da durch solche die reichen Leute nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit genötigt wären, ihren Patriotismus durch klingende Münze zu beweisen. Sie halten es für gerecht und patriotisch, daß die besitzenden Klassen die Vorteile einheimischen, die Kosten aber auf die Masse der Besitzlosen abgewälzt werden, denen der Lebensunterhalt durch Steigerung der bestehenden und Einführung von neuen indirekten Steuern in ungemessener Weise verteuert wird. Die liberalen Parteien dagegen haben sich, durch Reden, die sie wohl jetzt schon sehr bedauern, auf die Einführung direkter Reichssteuern festgelegt. Die Gefahr lag also nahe, daß in dem Augenblick, in dem die Finanzreform in Beratung genommen wird, der Blokk in Scherben geht.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, hat man die Finanzreformnahme der künftigen Frage so weit als möglich hinausgeschoben, und die Hoffnung, daß bis zum Herbst der Eifer der Liberalen für direkte Steuern so weit abgekühlt sein wird, daß die Finanzreform ohne ernste Gefahr für den Blokk in Angriff genommen werden kann, scheint sich zu rechtfertigen. Auf dem kürzlich abgehaltenen Parteitag der auf dem linken Flügel des Blokkes stehenden Freisinnigen Vereinigung hat man zwar eine Resolution, welche die Bereitwilligkeit der Partei zur Bewilligung neuer indirekter Steuern ausdrückt, vor der Abstimmung zurückgezogen, doch ist es für jeden Beobachter der Vorgänge klar, daß die Zurückziehung der Resolution lediglich eine taktische Bedeutung hat. Ebenso leicht wie die liberalen Parteien beim Vereinsgesetz ihre Grundsätze verleugnet haben, werden sie auch bei der Finanzreform umfallen.

Um die Finanzen des Reiches annähernd ins Gleichgewicht zu bringen, sind neue Steuern erforderlich, welche mindestens 400 Millionen jährlich ergeben. Es gehört keine große Prophetengabe dazu, vorauszusagen, daß diese neuen Steuern glatt bewilligt werden und daß es sich bei ihnen, wenn nicht durchweg, so doch zum weitaus größten Teil um indirekte Steuern handeln wird, die Gegenstände des Massenkonsums belasten. Der Blokk, der sich im Frühjahr beim Vereinsgesetz so stabil erwiesen hat, wird im Herbst bei der Finanzreform nicht auseinanderfallen; handelt es sich doch nur um die Arbeiter, aus deren Haut man Riemen schneiden will. Mit der Verteuerung des Lebensunterhaltes durch neue indirekte Steuern wird der konservativ-liberale Blokk den Wählern die Quittung für ihre Reichgläubigkeit ausstellen.

Eine Neufestsetzung der ortszüblichen Tagelöhne hat das bayerische Ministerium des Innern angeordnet. Zu diesem Zwecke sollen Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl gutachtlich gehört werden. Die neufestgesetzten Löhne sollen am 1. Januar 1909 in Kraft treten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die Eröffnung des siebenten ordentlichen Verbandstages erfolgt am Sonntag, 24. Mai, abends 7 Uhr, im Stettiner Tiergarten, Pommerensdorferstr. 18 in Stettin. Diese Eröffnungssitzung gilt nur als Vorversammlung zur Konstituierung des Verbandstages, während die eigentlichen Verhandlungen am 25. Mai im gleichen Lokal beginnen werden.

Tagungsordnung:

1. Konstituierung des Verbandstages.
2. Vorstands- und Kassenbericht.
3. Bericht des Ausschusses.
4. Bericht der Redaktion und Preßkommission.
5. Die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband. (Referent: Gust. Becker, Korreferent: Adam Neumann.)
6. Statutenberatung.
7. Der Gewerkschaftskongress in Hamburg.
8. Wahl der Vorstandsbeamten.
9. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Die gewählten Delegierten haben sich so einzurichten, daß sie bis zur Eröffnung der Vorversammlung in Stettin eingetroffen sind. Etwas Wünsche in bezug auf Quartier sind an das Bureau der Zahlstelle Stettin, Preußischestr. 20, mitzuteilen.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbetrags erteilt, und zwar ab 1. Mai: Schmiedeberg (Bez. Dresden) 10 Pf.; ab 15. Mai: Wittenberge 10 Pf.

Das Protokoll über die Verhandlungen der Drechler-Konferenz in Leipzig ist unter dem Titel: „Aus den Branchen der Drechler-Verhandlungen der Drechler, Knopfmacher und Stodarbeiter in Leipzig vom 29. bis 31. Dezember 1907“ im Druck erschienen. Die Broschüre ist zur unentgeltlichen Verbreitung unter den Branchenangehörigen bestimmt und ersuchen wir die Lokalverwaltungen, Bestellungen hiernach baldigst an uns einzureichen.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten

Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 74899 G. Kallenberger, Tischler, geb. 2. 7. 48 zu Geisingen.
99719 G. Braunsdorf, Tischler, geb. 1. 9. 85 zu Schweidnitz.
108764 Andr. Schödle, Tischler, geb. 18. 7. 62 zu Burgberg.
119412 Aug. Riesling, Tischler, geb. 26. 10. 83 zu Gensharn.
150760 S. Gschawitz, Stellm., geb. 1. 5. 79 zu Gommern.
184348 Fr. Hinrichs, Tischler, geb. 12. 4. 61 zu Duman.
198081 Herm. Blaaf, Tischler, geb. 27. 5. 64 zu Berlin.
218482 Franz Stuzke, Tischler, geb. 19. 2. 74 zu Stegers.
218744 Fritz Schulz, Tischler, geb. 19. 12. 69 zu Rätten.
240788 Louis Linder, Tischler, geb. 13. 2. 85 zu Wingen.
248612 Masaret Walzer, Tischler, geb. 28. 11. 85 zu Liental.
278124 Heinrich Rucker, Tischler, geb. 9. 1. 46 zu Retzdorf.
314629 Albert Schermann, Tischler, geb. 4. 2. 75 zu Zillit.
324926 St. Wisniewski, Tischler, geb. 13. 11. 80 zu Klücke.
328443 M. Leichmann, Polierer, geb. 23. 3. 74 zu Schweidnitz.
331466 Sigm. Tiersch, Tischler, geb. 13. 5. 87 zu Neudorf.
344199 Mich. Gnift, Tischler, geb. 24. 5. 85 zu Hermannstadt.
372552 Otto Härtel, Tischler, geb. 25. 9. 88 zu Gerwitzdorf.
379934 Bernh. Götsch, Tischler, geb. 5. 12. 85 zu Gunnersdorf.
395384 Th. Gandmann, Tischler, geb. 24. 4. 79 zu Trofau.
411088 Ernst Schneider, Tischler, geb. 18. 6. 60 zu Sorau.
419901 Jakob Weib, Tischler, geb. 3. 2. 79 zu Erlenbach.
424797 O. Berger, Tischler, geb. 18. 1. 85 zu Frankfurt a. D.
435681 Joseph Orthofer, Maschinenarb., geb. 3. 1. 69 zu Wibling.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Bielefeld, (Korkarbeiter.) In unserer letzten Sektionsversammlung wurde von den vollzählig erschienenen Kollegen gegen drei Stimmen beschlossen, wie alljährlich die Mitarbeiter durch strikte Arbeitsruhe zu begehren. Bezüglich unserer Branchenkonferenz machte ein Kollege erläuternde Ausführungen über Zweck und Nutzen derselben. Er betonte besonders, daß nicht alles Heil von der Konferenz und der einzusetzenden Agitationskommission zu erwarten sei; nur wenn alle Kollegen ernstlich bestrebt sind, jeder nach seinen Kräften mitzuarbeiten, wird es vorwärts gehen zum Nutzen aller. Der Anregung von Nürnberg muß selbstverständlich in weitestgehendem Maße stattgegeben werden. Ebenso müssen bei Einverständnis mit der von Breslau und Hamburg vorgeschlagenen Tagesordnung noch folgende Punkte zugefügt werden. Zweck und Nutzen der Tarifverträge, Hausindustrie, Wolltextilindustrie und Patentverschlußfrage. Hoffentlich entsendet der skandinavische Korkarbeiterverband Vertreter zur Konferenz. Notwendig ist es, daß wenn die Kollegen allerorts die von hier wiederholt ausgesprochene Mahnung nicht beherzigt und sich nicht alles wertvolle Material über die einschlägigen Verhältnisse unserer Branche besorgt haben, dies schleunigst nachholen müssen, da sonst der von Hamburg vorgeschlagene Termin verfehlt ist. Ehe halbe Arbeit geleistet, dann lieber etwas später tagen. Es wird Magdeburg vorgeschlagen wegen seiner günstigen Lage und einstimmig angenommen. Zum Schluss dem X unterzeichneten Einsender „Über die Lage der Korkarbeiter“ in Nr. 16 der „Soljarbeiter-Zeitung“ folgendes zur Notiz: So sehr man mit den meisten seiner Ausführungen einverstanden sein kann, doch bei dem Passus „Welch traurige Rolle spielen denn heute die früheren Agitatoren des Korkarbeiterverbandes?“ möchten wir doch im Interesse der Sache ersuchen, sich doch genauer zu informieren und bei den wenigen davon noch lebenden nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Breslau, (Parkettleger.) Unsere Sektion hat sich in letzter Zeit, dank des Agitationsleiters der Kollegen, recht erfreulich entwickelt. Nur einige, fast möchte man sagen organisationsunfähige Kollegen stehen dem Verband noch fern. Die Folge davon war, daß im Vorjahre mit zwei Firmen Tarife neu abgeschlossen und mit einer Firma ein verbesserter Tarif vereinbart werden konnte. Die Vorbereitungen zur Schaffung eines einheitlichen Tarifes sind nun im Gange. Das Wesentlichste aber, was vor Ablauf des Vorjahres geschaffen wurde, ist ein geregelter Arbeitsnachweis, der neben dem bestehenden paritätischen, mit unserem Sektionsleiter als Vermittler, zur Einführung gelangte. In keiner anderen Branche ist diese segensreiche Einrichtung wohl dringender vonnöten als unter uns Parkettlegern. Wenn auch anfangs naturgemäß nicht alles so nach den Wünschen ging, so ist doch jetzt, in Anbetracht der kurzen Zeit, zu konstatieren, daß die Mehrzahl der Kollegen gewillt ist, ihren Arbeitsnachweis streng durchzuführen. In diesem Bestreben hindert uns nur eines. Einzelne auswärtige Kollegen, noch dazu aus Orten wie Berlin und Leipzig, können es nicht unterlassen, unter Umgehung der Münchener Konferenzbeschlüsse und der sonstigen Gepflogenheiten, bei hiesigen Firmen schriftlich um Arbeit anzusuchen. Damit nicht genug, erbieten sie sich, den Boden einschließlich Materiallieferung das Meter unter dem betreffenden Tarifpreis herzustellen. Ein derartiges Gebaren, von denen zwei Fälle zu unserer Kenntnis gelangten, richtet sich von selbst. Im Interesse der betreffenden Kollegen selbst lag es, daß ihre Bittetel nicht den gewünschten Erfolg hatte. Die hiesigen Kollegen werden stets darauf bedacht sein, sich nicht, zumal mit so unlauteeren Mitteln, um die Erfolge ihrer Ergründungen bringen zu lassen. Die Kollegen in den anderen Orten sollen sehen, daß die Breslauer Parkettleger in den letzten Jahren nicht geschlafen haben, daß Mißstände, wie sie vielleicht noch vor nicht allzu langer Zeit bestanden haben, heute nicht mehr bestehen. Dies zur gefälligen Kenntnisnahme. Die Adresse unserer Sektionsleiters lautet: Ob. Hoheneifel, Rothbüchenerstraße 10, II.

Dortmund, (Stellmacher.) In den hiesigen Stellmacherebetrieben sind Löhne von 88 bis 40 Pf. die Stunde und eine Arbeitszeit von 10 bis 11 Stunden täglich keine Seltenheit. Auch die Firma Rosenberg, Lugschwabenfabrik

und Automobilbau, zahlt den Stellmachern Löhne von 88 bis 40 Pf. (die Kastenmacher ausgenommen). Das gibt bei einer neunstündigen Arbeitszeit, die dem Vorgehen der Sattler eingeführt ist, einen Tagesverdienst von 3,42 bis 3,60 Mk. Jedem vernünftig denkenden Menschen muß es einleuchten, daß von einem solchen Hungerlohn bei den teuren Verhältnissen hier am Orte kein Kollege leben kann. Einem Kollegen, der beim Meister um Erhöhung des Lohnes von 3,60 Mk. täglich auf 4 Mk. vorschlug, erhielt von demselben die Antwort, er solle sich nur ruhig mit 3,80 Mk. zufrieden geben; Herr Rosenberg habe erklärt, daß er Stellmachern, die nicht Kastenmacher sind, keine 4 Mk. den Tag gebe und solle er (der Meister) sehen, wie er mit den Leuten fertig würde. Auch die sanitären Einrichtungen in diesem Betrieb lassen viel zu wünschen übrig. Wenn die Maschinen im Betrieb sind, namentlich der Fräser, herrscht ein Staub in der Bude, der geradezu unbeschreiblich ist. Da Herr Rosenberg und auch andere Meister oft Leute im Arbeitsmarkt suchen, möchten wir die zureisenden Kollegen ersuchen, sich erst Erkundigungen bei der Ortsverwaltung oder beim Sektionsleiter einzuziehen. Den unorganisierten Kollegen von Dortmund und speziell der Firma Rosenberg aber rufen wir zu: „Tretet ein in den Deutschen Soljarbeiterverband, er allein kann eure Interessen am wirksamsten vertreten, er steht euch bei in jeder Notlage des Lebens, er hat schon große Kämpfe mit Erfolg geführt und durch ihn werdet ihr auch am hiesigen Orte menschenwürdiger Verhältnisse erreichen. Aber auch unseren organisierten Kollegen empfehlen wir, ihre Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit abzulegen. Kollegen, besucht besser wie bisher die Mitgliederversammlungen und besonders die Sektionsitzungen, agitiert überall und führt alle Indifferenten unserer Organisation zu, und wir werden uns auch in Dortmund den prozenthaften Unternehmern gegenüber bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen erkämpfen.“

Schwäge. Hier ist in der letzten Zeit die Mitgliederzahl gewachsen, aber der Versammlungsbesuch läßt noch viel zu wünschen übrig. Die Schreiner haben im vorigen Sommer einige Vorteile erzielt, aber jetzt kümmern sie sich sehr wenig um die Versammlungen. Gerade jetzt, wo so viele junge Kollegen ausgeleert haben, sollte Wert darauf gelegt werden, diese unserem Verbands beizubringen. Bei den Bürstenmachern war im letzten Jahr die Konjunktur eine ungünstige. Durch den Konkurs der Firma Reinroth wurden uns viele tüchtige Kollegen entzogen. Die Bürstenmacher der Firma Haut müssen besser zusammenhalten, besser die Versammlungen besuchen, damit auch mal für sie bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Bei den Stockarbeitern welche sonst zu den bestbezahlten Arbeitern am Orte zählten, haben sich auch in der letzten Zeit die Verhältnisse bedeutend verschlechtert. Bei der Firma A. Schlesinger hatten die Kollegen Lohnreduzierungen bis zu 33% Prozent, welche die Kollegen ruhig hinnehmen mußten, weil auch bei ihnen der nötige Zusammenhalt fehlte. Auch seinen Meister dürfte Herr Schlesinger besser entlohnen, damit er keine Polierarbeit mit nach Hause zu nehmen brauchte. Je größer die Fabrik geworden ist, desto mehr fühlt sich Herr Schlesinger als „Herr im Hause“. Bei jeder Gelegenheit bekommen die Kollegen die Worte zu hören: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen!“ Die Firma Schloß & Co. ist die zweite Stockfabrik am Orte. Diese Inhaber wundern sich darüber, daß ein fremd zugewandter Kollege mit Frau und Kindern nicht mit 19 bis 20 Mk. auskommen kann, und sind der Meinung, daß die Arbeiter ihr Geld verjubeln, wenn sie bei solchen Löhnen nicht auskommen. Auch sind bei dieser Firma die Arbeitsverhältnisse nicht so, daß bei intensiver Arbeit ein halbwegs anständiger Lohn zu verdienen ist. Darum ermahnen wir die Kollegen von auswärts, falls sie nach Schwäge wollen, sich zunächst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen, um sich vor Enttäuschung zu bewahren. Den Kollegen am Orte möchten wir noch dringend ans Herz legen, besser wie bisher die Versammlungen zu besuchen, damit wir jederzeit gerüstet sind und unsere Rechte vertreten können.

Witten. In der letzten Zeit geht die Agitation hier viel zu wünschen übrig und das Solidaritätsgefühl der Kollegen muß viel schärfer ausgeprägt werden, wenn die Verhältnisse nicht noch schlechter werden sollen, als sie es ohnehin schon sind. Der Inhaber des in unserem Orte ausschlaggebenden Betriebs, Firma F. A. Unger & Sohn, hat eine Willkürherrschaft eingerichtet, die ihresgleichen sucht. Dem Arbeiter wird jedes Mitbestimmungsrecht streitig gemacht. So wurde in letzter Zeit ein Kollege gemahregelt, weil er bei Beginn einer neuen Arbeit nach dem Preise fragte und mit dem Gebotenen nicht einverstanden war. Wegen unberechtigter Entlassung ist ein Gewerbegerichtsverfahren anhängig. Wäre betreffender Kollege nicht Mitglied unseres Verbandes, so wäre derselbe, welcher eine große Familie hat, der größten Not ausgesetzt gewesen. Auch bei der Firma L. M. Löhnhard wurde ein Kollege gemahregelt, weil er während der Pause unser Verbandsorgan austrug. Mit solchen Kleinlichen Dingen glaubt man der Organisation eins auszuweisen zu können. Nun, wir meinen, daß diese Firma, wenn sie geküßert hat, sie wolle keine organisierten mehr einstellen, sich nur ins eigene Fleisch schneiden. Diese Firma scheint übrigens in einem Abhängigkeitsverhältnis zu stehen, sonst brauchte sie ja nicht erst bei der Firma Unger & Sohn anzufragen, ob sie einen Arbeiter von ihr einstellen soll. Oder besteht hier eine geheime Abmachung? Während die Firma Unger & Sohn seit Jahren immer bestrebt ist, den kleineren Konkurrenten die leistungsfähigsten Arbeiter zu entziehen, fragen diese erst an, ob sie bestimmte Arbeiter einstellen dürfen. Bemerkte sei noch, daß es sich in diesem Falle um einen Arbeiter handelte, um den sich die Firma früher selbst bemüht hat. Für die uns fernstehenden Kollegen ist es die höchste Zeit, sich dem Soljarbeiterverband anzuschließen. Nur eine starke Organisation ist imstande, geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Deshalb rufen wir euch zu: Ginnweg mit eurer Gleichgültigkeit und Schlafmüdigkeit, hinetriß bis auf den letzten Mann in den Deutschen Soljarbeiterverband. Einzelne seid ihr nichts, vereint aber alles!

Magdeburg, (Korkarbeiter.) Am 28. April fand unsere gutbesuchte Sektionsversammlung statt. Es wurde Stellung zu der nunmehr bewilligten Konferenz genommen. Nach einigen Ausführungen des Sektionsleiters über „Lage und Bewegung“ unserer Branche sprachen die Kollegen den

Wunsch aus, den Hauptvorstand zu ersuchen, die Konferenz bestimmt Pfingsten d. J. einzuberufen. (Wäge der Hauptvorstand die Notwendigkeit einsehen.) Als Tagesordnung erklärte man sich mit der von der Hamburger Sektion vorgeschlagenen einverstanden. Sind es doch neben der Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises die wichtigsten Punkte. Als Ort der Tagung schlagen wir Delmenhorst vor. Die Konferenz würde hier in agitatorischer Beziehung ihre Wirkung nicht verfehlen. Die hiesige Sektion erwartet nun, daß sich recht bald die Korkarbeiter allerorts über diese Frage äußern. Die Adresse unseres Sektionsleiters lautet jetzt Gustav Reinhardt, Knochenhauerufer 83.

Mühlberg a. G. (Korbmacher.) Um den immerwährend bei den Arbeitgebern eingehenden Anfragen nach Arbeit vorzubeugen, teilen wir den Kollegen mit, daß seit kurzem hier am Orte ein Arbeitsnachweis besteht, und sind alle Anfragen betreffend Arbeit an den Kollegen R. Wendt, Rossumverein, zu richten. Wir machen darauf aufmerksam, daß alle bis jetzt bei den Arbeitgebern eingegangenen Anfragen uns übergeben sind und nur durch uns überwiesene Kollegen auf Einstellung rechnen können. Indem wir nochmals darauf hinweisen, daß Gesuche um Arbeit, die direkt an den Arbeitgeber gerichtet sind, in Zukunft unberücksichtigt bleiben, weisen wir ferner darauf hin, daß momentan offene Stellen in Mühlberg nicht vorhanden sind. Notabene! Wissen oder mußten die Anfragenden nicht (die fast alle organisiert sind), daß hier seit langen Jahren eine Zahlstelle besteht, wohin man sich in erster Linie zu wenden hatte?

Neu-Brandenburg. Am 28. April fand hier eine öffentliche Soljarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Gallenberg-Stettin über das Thema „Die wirtschaftliche Krise, ihre Ursachen und Folgen“ referierte. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie es das Referat verdiente. Hier herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Die Arbeitszeit beträgt immer noch 60 bis 68 Stunden bei Löhnen von 18 Mk. Dieses wird aber hier noch als hoher Lohn betrachtet. Bei der Firma Krug, Leistenfabrik, verdienen die Maschinenarbeiter den fälligen Lohn von 12 bis 13 Mk., wovon ihnen aber noch eine Markt Winterlohn abgezogen wird. Kollegen, solche Mißstände können nur mit Hilfe der Organisation beseitigt werden. Leider ist in dem Betrieb des Herrn Krug, wo jetzt 60 bis 80 Mann beschäftigt sind, nicht ein einziger organisiert. Kollegen, laßt euch nicht einschüchtern durch Äußerung des Arbeitgebers, ihr werdet entlassen, wenn ihr in den Verband eintrittet, denkt über eure miserable Lebensweise nach, erwacht endlich aus eurem eintönigen Dahnleben und werdet Mitglieder des Deutschen Soljarbeiterverbandes.

Nowawes, (Korbmacher.) Die fortwährenden und wiederholten Anfragen nach Arbeit beim hiesigen Unternehmer führen unausgesetzt zu Streitigkeiten mit demselben. Wir machen hierdurch die Kollegen darauf aufmerksam, daß von nun an die Einstellung der Kollegen durch die Werkstattkommission geschieht. Da hier ein anderer Arbeitsnachweis nicht existiert, bitten wir, diesen Weg strikte einzuhalten. Eventuelle Anfragen sind zu richten an R. Werner bei Auerbach, Nowawes bei Potsdam, Müllerstraße 1.

Deberau. „Wer am 1. Mai feiert, der fliegt raus!“ Das war die Antwort, die Herr Laufcher im nahen Heisdorf unserem Vertrauensmann auf seine Anfrage gab. Angesichts des flauen Geschäftsganges ist die Haltung des Unternehmers begreiflich. Müßten doch die Drechsler schon lange auf Lager arbeiten, abgesehen davon, daß Herr Laufcher ganz willkürlich Feiertage diktiert. Bist er doch diesen Winter ganz unerwartet den Betrieb eines schönen Tags um 6 Uhr (sonst 7 Uhr) stehen, ohne vorherige Bekanntmachung. Glaubt Herr Laufcher, dadurch unsere Kollegen zu Unbefonnenheiten hinrücken zu können, so wird er sich wohl vorläufig trennen. Unsere Kollegen, bis auf einen Nachfolger, im Verband werden ihm bei günstiger Zeit die richtige Antwort geben. — Nun noch ein Wort an euch, Kollegen von Deberau! Besucht die Versammlungen besser als bisher, damit wir bei günstiger Gelegenheit diesen Scharfmachern gerüstet entgegen treten können. Erscheint zahlreich in der nächsten Mitgliederversammlung, unsere neugewählte Lokalverwaltung wird alles aufbieten, dieselbe so lehrreich und interessant als möglich zu gestalten. Bringen gleichzeitig den Kollegen zur Kenntnis, daß Genosse Wittig, Gabelnerstraße 61c, unentgeltlich Auskunft erteilt in gewerblichen und Rechtsachen.

Oppeln. Die hiesigen Kollegen scheinen alle recht glücklich zu leben, denn sie wollen von einer Organisation nichts wissen, und doch hätten sie Grund genug, sich zu organisieren. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, denn mit dem teuren Lebensunterhalt steigt auch die hohe Wohnungsmiete. Der Stundenlohn, der gar nicht den Verhältnissen am Orte entspricht, schwankt zwischen 20 bis 28 Pf., nur die jahrzehntelange und gut eingearbeiteten Leute erhalten ein paar Pfennig mehr. Die Arbeitszeit ist eine furchtbar lange, denn es wird 66 bis 68 Stunden die Woche gearbeitet, dazu kommt am Sonnabend das stundenlange Warten aufs Geld. Diese miserablen Verhältnisse zwingen die Kollegen, Oppeln zu verlassen, worunter unsere Zahlstelle viel zu leiden hat. Die meisten Kollegen, die wir für den Verband gewinnen, verschwinden nach einigen Wochen aus Oppeln, dagegen sind alle zugewandten nicht organisiert, da die organisierten lieber Oppeln meiden, wegen den glorreichen Verhältnissen. Aus diesen Gründen steht Oppeln auf demselben Standpunkt wie früher, nichts konnte bis jetzt für eine Verbesserung der Lage geschehen. Obgleich den Kollegen durch den Deutschen Soljarbeiterverband Gelegenheit geboten ist, ihre schlechte Lage zu verbessern, schlafen dieselben ruhig weiter und lassen die paar Organisierten für sich mitforgen. Wir richten an die Kollegen den Appell, die Versammlungen zu besuchen und sich dem Deutschen Soljarbeiterverband anzuschließen, denn nur durch eine geschlossene Organisation ist es uns möglich, unsere traurige Lage zu verbessern.

Stuttgart. Anlässlich der Mitarbeiter wurden in Stuttgart 800 Müßelarbeiter ausgeperrt. Die Herren Müßelarbeitern waren sich dieses Mal vollständig einig, denn die Aussperrung erfolgte in allen Betrieben. Es war aber auch die höchste Zeit, daß sich diese Herren endlich einmal ihrer Pflicht bewußt wurden, denn schon hatte sich bei vielen Kollegen die Ansicht gebildet, es habe die Mitarbeiter die Bedeutung nicht mehr, die man ihr früher beigemessen, ja in einigen Betrieben hatten die Arbeiter schon beschlossen, in diesem Jahre von der Arbeitsruhe abzusehen. Die Lokalverwaltung sah diesem Treiben ruhig zu. Wer sollte nun

in solcher Situation der Maifeier wieder zu Ehren verhelfen, wenn nicht unsere Fabrikanten es tun? Also wurde beraten und wieder beraten, bis die Herren nach vieler Mühe den richtigen Weg gefunden hatten; sie faßten den Beschluß: „Wer am 1. Mai feiert, wird bis zum 6. Mai ausgesperrt.“ Dieser Beschluß hat seine Wirkung nicht verfehlt. Unsere Kollegen feierten fast alle, und sicher wird mancher Kollege, der jetzt bei dem herrlichen Frühlingswetter einige Tage in den prachtvollen Waldungen Stuttgarts Erholung findet, den Herren Fabrikanten Dank sollen ob ihrer Bemühungen für die Maifeier. Es gibt allerdings auch schon wieder Unzufriedene, die wünschen, daß mindestens viermal im Jahre Maifeier wäre, aber das sind Kritiker wie auch jene, die schon wieder behaupten, der Beschluß der Fabrikanten sei nicht ihrem guten Herzen für die Arbeiter entsprungen, sondern einem nicht zu gelinden Druck von Berlin aus zuzuschreiben.

Wittenberge. In der am 25. April abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Gyner-Berlin über: „Die Kämpfe und Erfolge des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Jahre 1907.“ In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen in dem Sinne des Referats aus. Als dann beschäftigte sich die Versammlung mit der Einführung eines Lokalbeitrages. Nachdem von einigen Verwaltungsmitgliedern auf die Notwendigkeit eines Lokalbeitrages hingewiesen wurde, machte es Kollege Gyner den Kollegen klar, wie außerordentlich notwendig es ist, die einzelnen Zahlstellen durch Lokalmittel mehr selbständig zu machen, damit man für alle Zeiten gerüstet ist. Nach einer langen und ziemlich heftigen Debatte wurde dann ein Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Woche ab 15. Mai mit 88 gegen 19 Stimmen angenommen. Im „Verschiebenen“ wurde noch über die Maifeier verhandelt, welche Frage aber auf Grund schlechter Organisationsverhältnisse nicht zur Zufriedenheit erledigt werden konnte. Es bleibt uns also noch ein großes Feld hier am Orte zur Bearbeitung, trotzdem es hier äußerst schwierig ist, die noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen. Es ist hier noch eine große Zahl Kollegen, welche auf eine Anstellung in der königlichen Eisenbahnwerkstätte rechnen, trotzdem dort die Lohnverhältnisse die denkbar traurigsten sind. Aber: „Haben wir auch nicht die Mittel, so haben wir doch den Willen!“, so denken auch diese Kollegen. Kollegen, rafft euch endlich auf, erwacht aus eurem Winterschlaf und tretet ein in den Deutschen Holzarbeiterverband, denn nur wenn wir alle organisiert sind, können wir uns bessere Verhältnisse verschaffen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Liegnitz, Sangerhausen, Schwedt an der Oder, Staßfurt (Möbelfabrik Thiemecke), Straubing, Biel, Bern in der Schweiz, Sofia in Bulgarien;
- Stellmachern** nach Dresden (Wagenfabrik Liebcher); Harburg a. Elbe;
- Korbmachern** nach Gisleben, Hamburg, Lübeck (Möhlert), München-Glenhausen (Sauer);
- Werkarbeitern** nach Grabow in Mecklenburg, Lauenburg a. G.;
- Sägern** nach Kirchseeon in Oberbayern (Desloges);
- Klaviermachern** nach Liegnitz (Schneider), Zürich;
- Risfenmachern** nach Bünde i. Westfalen (Mithage & Gerbrechtsmeier);
- Maschinen- und Holzarbeitern** nach Mannheim.

In Warmen befinden sich die bei der Firma Lutz & Bastian, Klaviaturfabrik, beschäftigten Scheimer im Unfrieden. Die nur sehr geringfügigen Forderungen der Arbeiter, welche im großen ganzen nur auf eine bessere Regelung der Arbeitszeit hinauslaufen, hat die Firma nicht einmal einer Antwort gewürdigt, geschweige denn den minimalen Wünschen der Arbeiter entsprochen. Wir bitten die Kollegen um Beachtung dieser Bewegung.

In Dresden sind bei der Firma D. Franz, Fabrik für Klotzsetzer, sämtliche Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter wegen Abzügen auf die Affordpreise (bis 50 Prozent) im Streik.

In Dresden ist vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes für das Korbmacherergewerbe eine neue Vereinbarung bezüglich des vor einiger Zeit zwischen Arbeitgeber und Gehilfen abgeschlossenen Tarifvertrags zustande gekommen. In diesem Tarifvertrag hatten sich die Arbeitgeber verpflichtet, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent einzutreten zu lassen, und zwar unter der Bedingung, daß auch in den benachbarten Orten eine gleichartige Lohnerhöhung durchgeführt wird. Da diese Lohnerhöhung in den anderen Orten aber nicht eintretet, wollten die Arbeitgeber in Dresden ihre Zugeständnisse gleichfalls nicht aufrechterhalten. Nach Anruf des Einigungsamtes fällt dieses den Spruch, daß den Gehilfen nach Rücksichtnahme der 15prozentigen Lohnerhöhung wenigstens eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent zuzugestehen ist. Diese Entscheidung wurde von beiden Parteien angenommen.

In Delmenhorst sind die Korlarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Am 2. April wurden den Fabrikanten die Forderungen gestellt, nach welchen für ausgearbeitete Sortierer 85 Pf., für Kappische Maschinen-schneider 88 Pf. pro Stunde sowie für Sortierern 10 bis 12 Mk. Wochenlohn bezahlt werden sollten. Ferner wurde eine Lohnregelung für die aus dem Afford herausgeriffenen Lohnarbeiter sowie für Arbeiter an der Sieb- und Wims-maschine verlangt. Die bestehenden Spezialtarife sollten neu gestaltet werden auf der Grundlage einer zirkä 15prozentigen Affordpreiserhöhung. Außerdem war verlangt worden eine halbstündige Frühstückspause und eine viertelstündige Wesperrpause. — In dem Begleitschreiben an die Fabrikanten waren diese um wohlwollende Prüfung unserer Wünsche abeten worden, auch hatten wir denselben münd-

liche Verhandlungen angeboten in der Voraussicht, daß besonders über die Affordtarife eine allgemeine Aussprache nötig sein würde; aber eine Antwort haben wir trotz aller Höflichkeit von den Herren nicht erhalten. Darauf begaben sich am 15. April zwei Mitglieder der Lohnkommission in Gemeinschaft mit dem Gauvorsteher auf den Weg, um persönlich mit den Fabrikanten zu reden; aber es war alles vergeblich. Die Herren blieben kalt bis ans Herz hinan. Im Gegenteil glaubten sie, daß die Korlarbeiter viel zu viel verdienen bei dieser gemüthlichen Beschäftigung, sonst würden dieselben doch gewiß als Maurerarbeitenleute usw. sich einen besseren Verdienst suchen, und dann bräuchten sich doch auch die Fabrikanten nicht mehr mit höheren Forderungen abzu-ärgern. Das wäre gewiß die einfachste Lösung für die — Fabrikanten, wenn sie auf diese Weise die organisierten Kollegen los werden könnten. Denn es muß leider zugegeben werden, daß unter den Korlarbeitern noch lange nicht der richtige Geist vorhanden ist und sehr viele der Organisation fernstehen, andernfalls würden sich die Arbeitgeber ein solches Verhalten nicht erlauben dürfen. In Wirklichkeit handelt es sich für diese Herren darum, die Organisation der Arbeiter, die ihnen ein Dorn im Auge ist, auf alle und jede Art zu unterdrücken, und man braucht ja nur ihr Leiborgan, die „Korfindustrie-Zeitung“ zu lesen, um sich einen Begriff zu machen darüber, wie heutzutage die Öffentlichkeit — wenn man nicht annehmen will, daß dieses Wurstblatt unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheint — über die Arbeiterorganisationen „aufgeklärt“ wird. Schon allein der blinde Haß gegen unseren Verband ist bei vielen der Herren Grund genug, um die erhobenen Forderungen trotz deren Bescheidenheit als unverschämte Zurückweisungen. Nicht das allgeringste Entgegenkommen war vorhanden. Allen Anschein nach hatten die Herren beständig über die Vorgänge in unseren Versammlungen Informationen erhalten und zeigten sich nunmehr völlig auf den Kampf vorbereitet. In der Versammlung am 16. April beschloffen jedoch die Korlarbeiter auf Vorschlag der Lohnkommission, jetzt gerade nicht in den Kampf einzutreten, sondern die ganze Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Das veranlaßte die Fabrikanten wiederum, die Köpfe zusammenzustücken und darüber nachzudenken, wie nun wieder der Organisation der Arbeiter beizukommen sei. Das Resultat dieses Nachsinnens wurde uns sehr bald in Gestalt einiger Kündigungen von Kollegen vorgelegt, die als Maßregelungen klar zu erkennen waren. Und da sagten wir uns: Wurst wider Wurst — und reichten bei zweien der in Betracht kommenden Fabrikanten mit sämtlichen Kollegen die Kündigung ein, diamant 6. Mai abläuft. Unsere Kollegen sind nunmehr fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen, und sie werden dabei vom Verband auf das kräftigste unterstützt werden. Vorläufig glauben die Herren Fabrikanten noch, daß „ihre“ Arbeiter wie bisher so auch in alle Ewigkeit ihr Joch mit Geduld tragen werden, und daß sie nur der Organisation den Kampf zu erklären brauchen, weil von dieser Seite die Unzufriedenheit gefäht werde. Aber sie werden sich täuschen und die Erfahrung machen, daß nichts so sehr geeignet ist, die Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, als wenn sie zur Durchführung solch berechtigter Forderungen oder zur Abwehr von Maßregelungen seitens übermüthiger Unternehmer den Kampf ausgezwungen bekommen.

In Grabow in Mecklenburg dauert der Streik der Schiffszimmerer und Werkstatarbeiter bei der Firma Hinzmann unverändert fort. Zwar ist es dem Unternehmer gelungen, einige Streikbrecher heranzuziehen, die jedoch von den Streikenden am Tage darauf wieder abgeschoben wurden. Nur zwei hiesige ungelernete Arbeiter, die kaum in einem anderen Betrieb mehr beschäftigt würden, haben sich als Streikbrecher bei Herrn Hinzmann eingefunden, hoffentlich werden diese bald einsehen, was sie gemacht haben, und die Arbeit wieder verlassen. Da es aber der Firma bis jetzt noch nicht gelungen ist, arbeitswillige Schiffszimmerer heranzuziehen, sehen die Streikenden mit aller Ruhe dem weiteren Fortgang des Streiks entgegen. Jedenfalls bitten wir den Zuzug strengstens fernzuhalten.

In Hannover ist es in dem Betrieb der Firma Knappworst & Sohn zu neuen Differenzen gekommen. In der Wecherei wurden derartig schlechte Preise gezahlt, und auch die Beschaffenheit des zu verwendenden Materials brachte es mit sich, daß die dabei beschäftigten Kollegen selten mehr als 15 bis 17 Mk. die Woche verdienten. Schon vor Jahresfrist hatte der Herr Knappworst versprochen, ein besseres Material zu liefern, aber anstatt besser ist es immer schlechter geworden, so daß die Kollegen abermals gezwungen waren, vorstellig zu werden, mit dem Erfolg, daß sie kurzerhand auf das Straßenpflaster geworfen wurden. Bei seinem Herr-im-Hause-Standpunkt ging Herr Knappworst so weit, von den anderen in der Einzweherei beschäftigten Kollegen, welche diese Arbeit jahrelang nicht gemacht haben, zu verlangen, daß sie die Plätze der Sinausgeworfenen besetzten, was diese natürlich ablehnten, worauf der Herr abermals sechs Kollegen entließ. Alle Verhandlungen, welche von der Organisation sofort eingeleitet wurden, scheiterten an dem Herrenstandpunkt des Herrn Knappworst, so daß die Kollegen gezwungen waren, nachdem auch der letzte Versuch gescheitert war, die Kündigung einzureichen. Die Kollegen sind sämtlich organisiert. Wir eruchen nun die Kollegen, den Herrn Knappworst, welcher jetzt in allen möglichen Zeitungen Wurstfeimacher bei hohen Löhnen sucht, mit Arbeitsangeboten nicht zu belästigen.

In Kaiserlautern wurden in der Möbelfabrik L. Weilmann 48 Arbeiter bis 7. Mai ausgesperrt, weil sie am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen.

In Norden (Ostfriesland) sind unsere Kollegen am 1. Mai ausgesperrt worden. Der Grund ist folgender: Durch die eigenartige Arbeitsweise bedingt, wonach zwischen Tischlern und Zimmerern keinerlei Unterschied besteht, geschähen auch hier die Zimmerer seit jeher zu unserem Verband. Erst seit kurzer Zeit hat sich eine Zahlstelle des Zimmererverbandes gebildet, die jedoch vorläufig nur erst recht schwach ist, weil die Mitglieder unseres Verbandes den Übertritt ablehnen einerseits aus Anhänglichkeit an ihre Organisation, in welcher sie jahrelang gewirkt haben, und dann aber auch deshalb, weil sie ihre erworbenen Rechte nicht preisgeben wollen. Am 1. April war nun der mit unserem Verband abgeschlossene Vertrag abgelaufen, und die Unternehmer beriefen die Vertreter sämtlicher Baubezue zu Verhandlungen über einen Vertrag ein, die auf der Grund-

lage eines sogenannten Mustertarifs des Baugewerbes geführt wurden. Da wir nun als Organisation mit diesem Mustertarife nichts zu tun hatten, derselbe aber beständig als unabänderlich bezeichnet wurde, so zogen sich unsere Kollegen zulezt von den Verhandlungen ganz zurück. Obwohl nun die erhobenen Forderungen auch der übrigen Branchen nicht erfüllt wurden und demzufolge vorläufig überhaupt für keine Branche ein Abschluß erzielt ist, verlangten die Unternehmer doch plötzlich von uns die bedingungslose Anerkennung des Mustertarifs und außerdem die Erklärung, daß wir den Vertrag, der mit den Zimmerern vielleicht noch einmal abgeschlossen wird, vorläufig aber noch nicht existiert, im voraus als für uns bindend betrachten. Das mußten wir ablehnen, und darauf erfolgte am 1. Mai die Aussperrung, von welcher 41 Mitglieder unseres Verbandes betroffen sind, während die Mitglieder des Zimmererverbandes vorläufig weiter arbeiten. Die Unternehmer lehnen jede Unterhandlung mit unserer Organisation strikte ab und hoffen dadurch einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben, was ihnen jedoch nicht gelingen soll. Zuzug nach Norden ist fernzuhalten.

In Sangerhausen dauert der Streit in der Möbelfabrik von J. U. Braun unverändert fort. Den ausständigen Kollegen gegenüber gebärdet sich die Firma, als ob sie es gar nicht nötig hätte, auf Arbeitskräfte zu reflektieren, nicht einmal für den Fall, daß der Streit beendet würde. Dem widersprechen aber außer sonstigen Gründen gerade die Anstrengungen des Herrn Braun daraufhin, Arbeitskräfte unter allen Umständen zu erhalten. Beim Berliner paritätischen Arbeitsnachweis sowie in einer Menge Zeitungen sucht er 40 Tischler und Polierer. Weil dieser Liebe Mühe aber kein Erfolg blüht, schickt er jetzt seinen Sohn und seinen Poliermeister Thiele als Agenten aus, Streikbrecher einzufangen. Am 27. April war es beiden geglückt, aus Berlin 8 Tischler und 4 Polierer heranzulassen. Am Abend desselben Tages betrug sein Fangergebnis indes nur noch 2 Polierer. Diese treiben ja nun die tollsten Dinge in der Fabrik. Eine wahre Leidenschaft besitzen sie dafür, alles auf seinen Schwerpunkt zu untersuchen, und wenn sie regelmäßig um 3 Uhr nachmittags des edlen Feuerwassers voll sind, dann dienen ihnen nicht nur ganze Stapel Stühle, sondern sogar Spiegelscheiben als Objekt ihrer Untersuchung. Und Herr Braun muß seinen Segen dazu geben, wenn er es nicht auch noch mit diesen Nothelfern verderben will. Vorläufig scheint er wenigstens noch willens zu sein, dieses Spiel mitzumachen. Es werden deswegen alle Tischler, Polierer, Stuhlbauer und Maschinenarbeiter dringend vor Zuzug nach Sangerhausen gewarnt.

In Staßfurt befinden sich die Kollegen der Möbelfabrik von P. Thiemecke seit 27. April im Streik. Der Vertrag für diesen Betrieb war mit 1. April zum Ablauf gelangt. Erst suchte Herr Thiemecke die Verhandlungen über den neuen Vertrag fortwährend zu umgehen beziehungsweise hinauszuschieben. Als dann die Kollegen am 22. April ernstlich auf den Abschluß drängten, erklärte er sich am 24. April mit einer einzigen Änderung mit dem von uns in Vorschlag gebrachten neuen Vertrag einverstanden. Am 25. April jedoch verlangte er schon wieder so viele und tief einschneidende Veränderungen desselben, daß die Kollegen gezwungen waren, die Arbeit niederzulegen. Sie waren indes gehalten, ihre Afforde fertig zu machen, was den vollständigen Streik im Betrieb noch um zirka drei Wochen hinausgezögert hätte. Da half Herr Thiemecke der Sache nach, indem er entsprechend der Anweisung des Arbeitgeberschutzverbandes die übrigen noch an ihren Afforden beschäftigten 18 Kollegen wegen der Maifeier kurzerhand entließ. So steht jetzt sein Betrieb fast da wie ein Mattenschwanz. Vor Zuzug von Tischlern nach Staßfurt wird deswegen dringend gewarnt.

In Wilsdruff wurden im Betrieb von A. Göttel, Möbelfabrik, die Kollegen wegen Arbeitsruhe am 1. Mai entlassen. Zuzug ist fernzuhalten.

Inhalt.

In Wilsdruff ist der Streit der Korbmacher am 25. April beendet worden. Erreicht ist die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und eine Lohnerhöhung von 12 Prozent.

Aus der Holzindustrie.

Der Schweizerische Holzarbeiterverband hielt zu Ostern in Biel seinen Verbandstag ab. Der Verband hat sich in den letzten Jahren recht günstig entwickelt, was wohl in der Hauptsache auf die von ihm geführte umfangreiche und erfolgreiche Lohnbewegung zurückzuführen ist. Die Wanderunterstützung wurde von 2 auf 4 Cts. pro Kilometer und der Höchstbetrag der Amzugsunterstützung von 45 auf 50 Fr. erhöht. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung wurde nochmals auf zwei Jahre zurückgestellt. Der französische Teil des Verbandsorgans soll künftig in einer von den Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Nahrungsmittelarbeiter gemeinsam herausgegebenen Zeitung erscheinen. Beschlossen wurde ferner, beim Gewerkschaftskongress zu beantragen, den Gewerkschaftsbund aufzulösen und aus Vertretern aller Industrieverbände eine neue Landesorganisation der Gewerkschaften zu gründen. Im anderen Falle soll der Holzarbeiterverband aus dem Gewerkschaftsbund austreten. Der Sitz des Verbandes wurde von Basel nach Zürich verlegt. Die beiden angestellten Sekretäre wurden auf zwei Jahre wiedergewählt.

Der Schweizerische Tischlerverband hat auf seiner zu Ostern in Zürich stattgefundenen Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen, sich dem Schweizerischen Holzarbeiterverband anzuschließen. Der Anschluß, über den eine Abstimmung endgültig entschieden wird, soll am 1. Juli erfolgen.

Gewerkschaftliches.

Die große Bewegung im Baugewerbe

Ist nunmehr ebenfalls beendet worden, und zwar, wie in der Holzindustrie, durch einen Schiedspruch von unparteiischer Seite, dem sich die beteiligten Arbeiter- und Unternehmerorganisationen unterwarfen.

Bekanntlich waren an den meisten Orten die Vertragsverhandlungen resultatlos abgebrochen worden und nur an 57 Plätzen wurde eine Einigung erzielt, ehe die Vertreter der beteiligten Organisationen zu einer letzten Verhandlung über die schwebenden Differenzen zusammentraten. Diese Verhandlung fand vom 23. bis zum 27. April in Berlin unter dem Vorsitz der bekannten Gewerbergerichtsvorsitzenden von Schulz-Berlin, Dr. Brenner-München und Dr. Wiedfeld-Essen statt. Es mochten wohl 200 Vertreter der Arbeiter und Unternehmer insgesamt erschienen sein. Zu erledigen waren noch die Differenzen in zirka 80 Städten sowie für das Rhein-, Main- und für das Ruhrgebiet.

Zunächst wurde über den Abschluß eines Vertrages für das Berliner Vertragsgebiet verhandelt. Trotz langen Verhandels konnte hier eine Einigung nicht erzielt werden, so daß die drei unparteiischen Vorsitzenden schließlich einen Schiedsspruch fällen mußten. Nach ihrer Entscheidung, die nach langen Auseinandersetzungen schließlich von beiden Parteien akzeptiert wurde, gilt für das Berliner Vertragsgebiet bis 31. März 1910 der am 31. März vorigen Jahres abgelaufene Vertrag, der für Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn von 75 Pf., für Bauarbeiter von 50 Pf. vorsieht.

Die ferneren Verhandlungen gestalteten sich zum Teil recht dramatisch, waren aber ebenso wie die vorhergehenden ergebnislos. Die Unternehmer weigerten sich entschieden, auch nur das geringste Zugeständnis zu machen, selbst für das zweite Vertragsjahr sollte eine Lohnerhöhung nicht eintreten. Auch eine Sonderkommission, die zur Förderung der Verhandlungen eingesetzt war, zeitigte kein günstigeres Resultat. So mußten denn nach mehrtägigen Verhandlungen wieder die drei Unparteiischen entscheiden. Ihr Schiedsspruch lautete:

1. In keinem Lohngebiet darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.

2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrechtzuerhalten.

3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Arbeitgeberorganisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen.

4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen sind, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pf. zu erhöhen.

5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat.

6. Die Parteien haben bis Montag den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstr. 90/91) die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs anzuzeigen.

Soweit bekannt, ist dieser Schiedsspruch allenthalben sowohl von Seiten der Unternehmer wie von den Arbeitern akzeptiert worden. Somit ist für dieses Jahr ein Kampf, der riesige Dimensionen angenommen haben würde, vermieden. Es mögen ähnliche Erwägungen wie in den leitenden Kreisen der Holzindustrie dafür entscheidend gewesen sein, wenn die Führer der Bauarbeiter und Bauunternehmer diesen Kampf, der von Unternehmenseite von langer Hand vorbereitet war, schließlich zu verhalten versuchten. Die Lage im Baugewerbe ist sehr ungünstig, fast allenthalben liegt die Bautätigkeit danieder. Ein Kampf auf der ganzen Linie hätte für weite Kreise des Baugewerbes die Bedeutung einer Katastrophe gehabt. Aber auch für die Arbeiter war bei der riesigen Arbeitslosigkeit ein günstiger Ausgang des Kampfes kaum zu erwarten. Angesichts dieser Sachlage bedeutet der Abschluß der Bewegung auf Grundlage des Schiedsspruches für die Arbeiter immer noch einen, wenn auch kleinen Gewinn, während die Unternehmer, die hier ja ganz in der Rolle des Angreifers sich befanden, ihr scharfmacherisches Programm haben ad acta legen müssen, wo es hoffentlich gut aufgehoben ist.

Auch für das Malergewerbe ist nunmehr eine Einigung erzielt worden, und zwar vor demselben Schiedsgericht, das auch für das Baugewerbe fungierte. Doch darüber in nächster Nummer.

Herr Franz Behrens, der famose Generalsekretär des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, dessen Verhalten als Reichstagsabgeordneter bei der Beratung des Vereinsgesetzes mit Recht die Entrüstung seiner Verbandsmitglieder in einem Maße hervorgerufen hat, daß ihm sogar von seinem eigenen Verbandsorgan recht deutlich der Spinauswurf angehängt wurde, hat milde Richter gefunden. Der Ausschuss des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften hat sich mit dem Fall Behrens beschäftigt und eine Resolution angenommen, in welcher es heißt: „Er mißbilligt daher die taktische Haltung des Abgeordneten Behrens auf das entschiedenste, würdigt indessen in vollem Umfang seine schwierige Situation. Der Ausschuss sieht in diesem Einzelvorkommnis keinen Grund, dem Kollegen Behrens das Vertrauen zu entziehen.“ In ähnlicher Weise hat auch der Zentralvorstand des Gewerkevereins christlicher Bergleute entschieden.

Die Vergehen, die sich Herr Behrens gegen die elementarsten Gewerkschaftsgrundsätze zuschulden kommen ließ, sind also mit dem Mantel christlicher Liebe zugebedeckt worden. Die christlichen Gewerkschaften können sich rühmen, gegen einen Mann, der ihrer Organisation schweren Schaden zugefügt hat, eine ganz außerordentliche Toleranz an den Tag gelegt zu haben. Leicht dürfte ihnen ja das nicht gefallen sein, und die Drohung, daß bei einem Ausschluß Behrens die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften

abfallen würden, dürfte auf die Entscheidung nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein.

Wir haben vom Standpunkt der freien Gewerkschaften keinen Anlaß, uns über die Milde aufzuregen, die gegen Herrn Behrens an den Tag gelegt wurde. Wir können im Gegenteil die Selbstqualifikation der Leitung der christlichen Gewerkschaften nur begrüßen. Wer auf seine Arbeiterethik etwas hält, muß es ablehnen, einer Organisation anzugehören, in deren oberster Leitung ein Mann sitzt, der leichten Herzens die Arbeiterinteressen verrät, um bei seinen Blockfreunden nicht anzuecken.

Der **Bäckerverband** hat über die Frage einer Verschmelzung der Verbände der Bäcker und Konditoren, Brauer, Fleischer und Müller zu einem Nahrungsmittelindustriearbeiterverband eine Urabstimmung unter seinen Mitgliedern vorgenommen. An der provisorischen Abstimmung haben sich beteiligt 4035 Mitglieder; davon haben mit „Ja“ gestimmt 2796 Mitglieder, mit „Nein“ stimmten 894 Mitglieder; nur für die Verschmelzung mit dem Verband der Müller erklärten sich 149 Mitglieder; 196 Mitglieder haben sich in den Versammlungen der Stimmabgabe enthalten. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder, die sich in den Versammlungen an der Abstimmung beteiligten, haben sich also für den Zusammenschluß zum Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie erklärt. Im Sinne dieses Majoritätsbeschlusses wird nun der Verbandsvorstand weiter wirken, um den Zusammenschluß der in Frage kommenden Verbände zustande zu bringen.

Eingesandt.

Zur Agitation.

Es ist Frühling. Die Natur zieht ihr Festgewand an. Überall, wohin der Blick sich wendet, grünt und blüht es. Neues Leben steigt heraus. Auch in uns erwacht neues Leben. Und wer sich noch einen frischen, freien Lebensmut bewahrt hat und nicht an die Scholle gefesselt ist, ergreift den Wanderstab und geht hinaus, um die Welt und wieder andere Menschen kennen zu lernen. Diese Wanderzeit sollte auch für unseren Verband recht ausgenutzt werden. Da hat man sehr oft Gelegenheit, aufklärend unter den Reisefreizeitgenossen zu wirken. Es müssen ja nicht immer Holzarbeiter sein. Alle Arbeiter haben mehr oder weniger unter der heutigen Produktionsweise zu leiden. Zeige man einem jeden den Weg zu seiner Berufsorganisation; hier muß Hand in Hand gearbeitet werden. Auch nimmt man hier und da einmal mit einer sogenannten Bruchbude fürlieb, um seine defekten Reiseutensilien wiederherzustellen. Naturgemäß ist da der größte Bruch, wo die Kollegen nicht organisiert sind. Auch da muß die Agitation soweit wie möglich einsetzen. Kann man sich doch da ein freies Wort erlauben; es ist ja ziemlich gleichgültig, ob man ein paar Tage früher oder später vom rabiaten Meister an die Luft gesetzt wird. Erzählt den indifferenten Kollegen, was ihr in den Großstädten gesehen und gelernt habt. Wie die Berufs Kollegen in den Großstädten von den Fabrikpächern rücksichtslos behandelt werden. Verbreitet den Haß, den diese an die Scholle gefesselten gegen den allesausbeutenden Kapitalismus im Herzen tragen. Wenn auch nicht immer ein Erfolg zu verzeichnen ist, es fällt kein Baum auf einen Schlag. Also auf zur Agitation, helfe ein jeder mit, daß unsere Organisation so erstarke, daß sie der Übermacht des Kapitals stets gewachsen ist. Die Sozialbeamten und -vorstände sollten mit leichtverständlichem Agitationsmaterial ausgerüstet sein, um den abreisenden Kollegen einiges mit auf die Wanderschaft zu geben. F. C.

Zur Lage der Maschinenarbeiter.

Fortwährend wiederholen sich die Klagen der Maschinenarbeiter über schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, hauptsächlich aber auch über ungenügende oder gänzlich fehlende Schutzvorrichtungen an den Schweißmaschinen; das alles mit Recht. Das ist die Lage nicht vorläufig, dafür sorgt die für die Arbeiter oft unverständliche Verhalten der Herren Fabrikinspektoren gegenüber den Unternehmern; dann die Sucht der Arbeitgeber, so wenig als möglich Geschäftsunkosten zu haben, dafür aber recht großen Profit aus dem Betrieb herauszuholen, und nicht zuletzt die unbegriffliche Interesslosigkeit der Kollegen in bezug auf ihre mißliche wirtschaftliche Lage, der Unfallgefahr, welcher wir ausgesetzt sind, und der von den Berufsorganisationen erlassenen Unfallverhütungsvorschriften. Würden sich die Kollegen mehr um die Ausführung dieser Vorschriften kümmern, dann müßten sich die Arbeitgeber wohl oder übel dem Drängen der Arbeiter fügen. Tatsache ist, daß von dem Inhalt der Unfallverhütungsvorschriften die überwiegende Mehrheit der Kollegen gar keine Ahnung haben. Zustimmung muß ich dem Kollegen S.-Stuttgart, wenn er klarlegt, daß an manchen Maschinen zu verschleuderten Arbeiten eine Schutzvorrichtung nicht anwendbar ist. Von der Forderung genügender Schutzvorrichtungen darf uns das aber nicht abhalten. Für die Abriehtmaschine sollte die runde (massive, nicht aufgerundete) Messerwelle zur Vorschrift werden, trifft das nicht ein, dann können die meisten Kollegen warten bis auf den St. Nimmerleinstag, denn aus eigener Initiative schaffen die Arbeitgeber diese Welle nicht an. Viel eher würden sie auf den Rat des Verfassers der Broschüre „Ermahnungen und Winke usw.“, Herr Rudolf Hofmann eingehen, die Wierantwelle mit Holz aufzurunden und dadurch den Arbeiter einer noch weit höheren Unfallgefahr aussetzen. In dem mit g. gezeichneten Artikel in Nr. 11 der „Solzarbeiterzeitung“ wurde dies schon ausgeführt. Aber wenn auch die runde Welle vorgeschrieben würde, die Arbeitgeber würden sich schwer dazu herbeilassen, dieselbe anzuschaffen, denn alles kostet Geld, und die Hauptsache, der Nachdruck durch die Aufsichtsbehörde ist einfach nicht da. Eine weitere äußerst wichtige Frage für die Maschinenarbeiter ist die Forderung der Staubsauger. In ganz seltenen Fällen wird den Unternehmern die Auflage gemacht, Exhaustoren anzubringen, trotzdem die Staubentwicklung bei den Holzbearbeitungsmaschinen eine ganz enorme ist. Unter dieser Kalamität haben die Maschinenarbeiter am meisten zu leiden. Wie diese Forderung von den Fabrikinspektoren unterflüßt wird, zeigt folgendes Beispiel: Unterm 31. Januar 1906 hat die Leitung der hiesigen Maschinenarbeitersektion an die Igl. Fabrikinspektion für Mittelfranken eine Eingabe betreffend

die Ventilationsverhältnisse in einigen hiesigen Geschäften gelangen lassen. In einem Antwortschreiben wurde betont, daß diese Ventilationsverhältnisse bei Revisionen im Auge behalten werden würden; zugleich wurde um zur Verfügung stehendes Material ersucht. Etliche Tage darauf wurde das Material an die Fabrikinspektion abgesandt. Bis heute (also nach zwei Jahren) wurde für zwei Betriebe die Auflage gemacht, alle anderen wurden übergangen, obgleich für alle diese Staubsaugeranlagen sehr nötig sind. Aber die Schädlichkeit der Affordarbeit an den Maschinen und das Kolonnenystem ist sich ein jeder denkender Arbeiter klar. Die Krauterei der Bankfchreiner an den Maschinen ist für uns ebenfalls kein Nutzen. Hier muß die Luftklüftung einsehen in Werkstattversammlungen, um diese Mißwirtschaft zu beseitigen. Nun ein Wort zu der von Kollege H.-Berlin angeregten Frage der Konferenz. Auf eine Anregung zur Abhaltung einer Maschinenarbeiterkonferenz hat im September 1905 der Hauptvorstand die Ablehnung damit begründet, daß der Maschinenarbeiterberuf kein in sich abgeschlossener Beruf ist; der Hauptvorstand vertrat damals den Standpunkt, Schreiner und Maschinenarbeiter gehören zusammen, er wird diesen Standpunkt auch heute noch einnehmen. Daß den Schreibern das Verständnis für die Förderung auf Exhaustoren und Schutzvorrichtungen der Maschinenarbeiter fehlt, ja, daß sie ein solches nicht haben können, wußte der Hauptvorstand damals nicht. Er wird mit denselben haltlosen Gründen eine abermals auftauchende Anregung zum Abhalten einer Maschinenarbeiterkonferenz ablehnen. Doch halte auch ich es für zweckmäßig, wenn sich die Maschinenarbeiter mit dieser Frage etwas beschäftigen. H. Sch.-Mürnberg.

Briefkasten.

Kollege Müller, auf Reisen. Dein Eingesandt ist uns nicht zugegangen, deshalb konnten wir es nicht veröffentlichen. Vielleicht erkundigst Du Dich einmal bei dem Postamt Gochingen, ob der Brief nicht dort liegt. Das muß aber bald geschehen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 8 in Hamburg).

Einnahme im April:

Überschüsse sandten ein: Nürnberg 800 Mt., Coblenz 1 800, Erlangen, Grözingen je 250, Leipzig I, Genselsberg, Volkmarshausen, Bruck, Friedrichsfelde, Mollau, Göttingen, Seltnerhausen, Gemmoor je 200, Naumburg 170, Wittingen, Mariendorf, Birna, Bruchsal, Bonn, Fferlohn, Dresden N, Paan, Connewitz, Witten, Kirchheimbolanden je 150, Zeulertoda 140, Plauen i. V. 130, Plauen b. Dr. 120, Kirchheim, Stadtilm, Dettlingen, Stendal, Übersbach, Scheubitz, Segeberg, Geisenheim, Memmingen, Burgstädt, Arnstadt, Ratwisch, Niedenstein, Rastatt, Hoffheim, Schwelm, Salmünster, Göttingen, Neumühlen, Minden, Wüdingen, Pottschappel, Silberstein je 100, Wale 96,56, Stettin 80, Burgdorf, Knauthain je 75, Apolda, Botnang, Wintersdorf je 60, Alchim, Oberkirch, Ohrdruf, Schleusingen, Wilhelmshurg, Elmshorn, Strehlen je 50, Luckenau 45,50, Niedelbach 30, Urach 7,50.

Summa der Überschüsse	8 849,56 Mt.
Beiträge von Einzelmitgliedern	2 875,80 "
Eintrittsgeld von	21,60 "
Zinsen von belegten Kapitalien	5 088,— "
Sonstige Einnahmen	2 430,10 "
Gesamteinnahme	18 764,56 Mt.

Ausgabe im April:

Zuschüsse erhielten: Offenbach 1800 Mt., Berlin G 1600, Breslau 1100, Berlin F, Stuttgart je 1000, Berlin E 800, Berlin B, Berlin H, Schwefingen, Wehlheiden je 600, München I 500, Berlin C, Dortmund je 400, Ulm 350, Halle, Richtenberg, Schönebeck, Mainz, Johannegeorgenstadt, Feudenberg, Cassel, Alschaffenburg, Pantow, Ralf, Hamburg V, Charlottenburg, Berlin D je 300, Rohracker 290, Holzhausen 270, Neuhausen, Grünwettersbach, Meißen, Gethal, Oppau, Untertürkheim je 250, Nombach, Barmen, Gr.-Zimmern, Wolfsanger, Herdecke, Schm. Gmünd, Spandau, Thonberg, Deutz, Alzenau, Schmölln, Hamburg III, Soffenheim, Brib, Vickersdorf, Giebichenstein, Nied, Essen, Böhlich-Ghrenberg, Förderstedt, Düsseldorf, Hamburg II, Schöneberg, Kl.-Fischer, Göttingen, Ludwigshafen, Kniehingen, Gotha je 200, Wöckern 190, Reutlingen 170, Bettenhausen, Landau, Rheindt, Wittenberg, Pieschen, Seckenheim, Giterhagen, M.-Glabach, Großenritte, Posen, Neuschnefeld, Oberrad, Boll, Muthlangen, Bunsau, Neue Neustadt je 150, Fürsheim 120, Grabow, Nowawes, Gütrow, Fackenburg, Seelbach, Korheim, Baumshuldenweg, Bergen, Osterwieck, Helligenzell, Speyer, Zuffenhausen, Fintben, Trebbin, Carlshafen, Stettin, Coswig, Badnang, Neulupheim, Hagen, Detmold, Posen, Leusch, Weizenfeld, Bonames, Sudenburg, Bahlershausen, Waldau, Flensburg, Rüdersheim, Rath-Geumar, Stolp, Lorsch, Lagerdorf, Rothenburg, Deuben, Gotta, Hausen, Wittenberg je 100, Böckingen, Prigwall je 80, Rothenditold, Gainschen je 75, Braunschweig 60, Martinroda, Jena je 50, Münder 30.

Summa der Zuschüsse	30 840,— Mt.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2 924,28 "
Sterbegeld	90,— "
Sonstige Ausgaben	8 704,83 "
Gesamtausgabe	37 559,11 Mt.
Gesamteinnahme	18 764,56 "
Gesamtausgabe	37 559,11 "
Abnahme des Vermögens	18 794,55 Mt.

U. Suck, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (G. S. 86, Hamburg.)

Im April sandten über sich ein: Fürth 100 Mt. Zuschuß erhielten: Berlin B 300 Mt., Helmstedt 150, Ohligs 100, Burg 100, Gaa 100, Mannheim 80, Freiburg 60, Magdeburg 50, Zeitz 50, Braunschweig 50, Altmasser 30 Mt. Summa 1070 Mt. Zul. Maßmann, Osterstr. 94 g L.

Versammlungs-Anzeiger.

Offenberg. Sonnabend den 9. Mal, abends 7/8 Uhr, Versammlung im kleinen Saale des Altenburger Hof.
Waldheim. Sonnabend den 16. Mal, abends 7/8 Uhr, findet in der „Grünen Aue“ eine Mitglederversammlung statt. Tagesordnung wichtig. Recht zahlreicher Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Stilling, Stebfrankstraße 87. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.
Heine. Vom 1. Mal ab befindet sich unser Verlehrsstat, der Arbeitsnachweis und die Verberge bei Schumacher, Sulzenstraße 2. Dasselbst Auszahlung der Meistunterstützung abends von 7-8 Uhr. Umschauen verboten.
Hessen. Die Adresse des Kassierers ist jetzt Heinrich Landstron, Stubenrauchstraße 8. Die reisenden Kollegen wollen dieses beachten.
Miesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eilmer, Schwabacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Meistunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Weidstr. 41, ausbezahlt. Im Wochentage abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Reinhold Gelsmann Tischler, Buchn. 338223, sende Deine Adresse an den Unterzeichneten. Es liegt etwas für Dich bereit. Zahlstelle Nauban. J. L. B. Schöne, Weberstr. 9.

Robert Bargehr Tischlergehilfe aus Wüdingen, sende Deine Adresse an den Unterzeichneten. Es liegt etwas für Dich bereit. Zahlstelle Nauban. J. L. B. Schöne, Weberstr. 9.

Johann Hutter Buchn. 168774, wird ersucht, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Neuwied nachzukommen. Kollegen, die ihn kennen, wollen seine Adresse senden an Otto Leber, recht, Neuwied, Schloßstraße 72.

Ernst Allner Korbmacher, wird aufgesordert, sofort seine Adresse mitzutheilen. S. Eiling, Rheine in Westfalen.

Ernst Walter Tischler, geb. 7. Mal 1886 zu Buch, wird ersucht, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Bittau nachzukommen. Kollegen, welche seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, sofort an die Zahlstelle Bittau Mitteilung zu machen. S. Neumann, Bittau, Beselstraße 7 I.

Gustav Krebs Tischler, geb. zu Maubach, Buchn. 144889, wird gesucht. Kollegen die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, die Adresse zu senden an Richard Reibel, Rappot, Danksgerstraße 51 I.

Ernst Heinrich Schreiner aus Berlin, sende mit Deiner Adresse, d. h. dein Aufenthaltsort, wolle ich hierauf aufmerksam machen. H. Silberbrand, Schrein, Brannenburg, D. Bayern.

Den Bewerbern um die Stelle eines Lokalbeamten für Bismarck zur Mitteilung, daß der Kollege Otto Schulz-Leipzig gewählt wurde.
Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Köln.

Tischler

auf Umbauten und geschweifte Garnituren finden dauernde und lohnende Beschäftigung.
B. Hirschbach, Glogau.
Meisegelb wird nach vier Wochen vergütet.

Tüchtige Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung bei
Joh. Werner, Schreinerem. Elektrizitätsbetrieb, Erbsdorf, Oberpfalz.

Gesucht sofort für dauernd bei hohem Lohn
**1 tüchtigen Möbelschreiner und
1 tüchtigen Möbelpolierer.**
Verheiratete bevorzugt.
**Willy Hansen, Möbelfabrik
Crisvik, Mecklenburg.**

Ein tüchtiger Möbelschreiner für sofort gesucht.
**S. K. Alkermann
Borkum, Nordseebad.**

Ein tüchtiger Tischlergeselle findet auf Möbel dauernde Beschäftigung bei
Albin Hoppe, Hohenebra, Thüringen.

**1 tüchtiger Schreiner als Furnierer,
2 tüchtige Möbelschreiner** auf furnierte Schlafzimmern sucht
**Gustav Bühler, Möbelfabrik
Spaichingen.**

Als Dorarbeiter

suchen für kleinen Betrieb fleißigen, fleißigen und vielseitigen Tischler, welcher auf Schmuck- und Bestecktüts, Galagen und Silberarbeiten perfekt eingearbeitet ist. Die Stelle ist bei guten Leistungen lohnend, unbedingt dauernd und selbständig. Offerten mit Angabe der bisherigen Stellungen, Alter und möglichst mit Photographie unter **B. D. 125** an die Expedition dieses Blattes.

Ein Holzarbeiter, welcher mit der Bedienung einer schwedischen Holzsaftdrehbank vertraut ist, wird sofort gesucht.
**Traevarefabriken „Thor“
Sorsens, Dänemark.**

Stuhlbauer

per sofort gesucht. Reisevergütung nach Vereinbarung.
**Frankenthaler Stuhllager
Karl Kuch, Frankenthal (Wald).**

Mehrere tüchtige Stuhlbauer gesucht.
**J. Sommer & Co., Stuhlfabrik
Düsseldorf.**

In Hamburg befinden sich die Korbmacher in der Abwehrbewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Ein Drechsler auf Holztraggriffe für dauernd gesucht.
**H. Bollmann, Fällinghofel
Bez. Lüneburg.**

Korbmachergehilfen auf grüne Arbeit sucht
Wilh. Bauch, Copth a. Elbe.

Ein jüngerer Korbmacher, tüchtig auf Reisefarbe, findet dauernde Stellung. Eintritt sofort oder später. Hoher Lohn. Reise wird nach drei Monaten vergütet.
**R. Polenz, Einbeck (Hannover)
Gallenplan.**

Ein tüchtiger Korbmacher auf Grün und Roharbeit für dauernd bei gutem Lohn gesucht.
**Fritz Kamrath, Korbmachermeister
Osterburg, Bez. Magdeburg.**

2 tüchtige Korbmacher auf Mohr gesucht.
Herm. Eiling, Rheine in Westfalen.

Korbmacher
Mehrere tüchtige Gestellarbeiter werden noch eingestellt. Näheres im Bureau der Zahlstelle Brandenburg a. S., Neust. Markt 2.

Gesucht sofort ein Korbmacher auf grüne Mattarbeit.
**Fr. Böttner
Lübeck, Wahnstraße 35.**

2 Korbmacher auf runde Mattarbeit werden sofort gesucht. Erfolgt der Eintritt bis zum 11. d. M., so wird nach vierwöchiger Arbeit Meisegelb bis 4 Mk. vergütet. Ansonsten so hoch, daß mittlere Arbeiter täglich 5 Mk. verdienen können.
C. Müller, Salzfotten i. Westf.

Zur Herstellung von Haushaltungsbürsten finden bei uns Arbeit:
**1 Schleifer und Verputzer
1 Bohrer
1 Holzarbeiter.**

Niederrheinische Bürsten- und Pinselfabrik
H. Dimmendahl, Wesel.

2 tüchtige Bürstenmacher, mischen, pechen, sucht
R. Gündel, Stollberg i. Erzgeb.

Zwei solide Bürstenmacher für Pechen, Mischen und Vorstanzrichten sofort gesucht.
O. Ebert, Gera, Neuß.

Bürstenfabrik

sucht einen
Werkmeister.
Derselbe muß mit allen vorkommenden Arbeiten, wie Mischen, Pechen, Bohren usw. vollständig vertraut sein. Aufrichtiger Charakter, solid und pünktlich, ist Bedingung. Offerten unter „Bürstenfabrik“ an die Expedition dieser Zeitung.

2 tüchtige Bohrer finden dauernde Beschäftigung.
**J. L. Klein
Büchsenfabrik: Schw. Hall.**

Ein tüchtiger Tischler, welcher sich zum noch so ungeliebten Beruf entschließen, welcher auch in geringem, sofort oder später für dauernd gesucht.
Herm. Gasch, Holzspanstoffabrik mit elektr. Betrieb, Döbeln i. S., Mittelstraße 8.

Tischlerei

Borort Dresden, m. sämtl. Masch., 10 Hobelbänke, umständehalb, sof. unt. zeit. günst. Beding. zu verlauf. ev. zu verpacht. Offert. unt.
Dr. 1037 an Deube & Co., Dresden-A.

Einem jungen Drechsler bietet sich Gelegenheit, in einer aufblühenden Stadt im Deutschen Reich eine H. Drechslerlei zu übernehmen. Auch Ladengesch. Gute Kundsch. vorhand. Off. u. Chiff. „2000 Mark“ sof. a. d. Exp. d. Stg.

Hobelbänke

für Tischler, Stellmacher u. Bildhauer offerieren billig. Werkzeugsabrik m. Dampftrieb
**Gehr. Haase, G.m.b.H., Siegnitz, Schles.
Katalog gratis. Vertreter gesucht.**

Die Welt erobert

haben sich d. Selbstunterrichtswerke Syst. Karnack-Hachfeld: **Die Bauschreinerschule, Holzbildhauerschule, D. Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule.** Prospekte und Anerkennungsbescheide gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwillig.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

**DETMOLD - GRÖSSTE
TISCHLER-FACHSCHULE**
Programm frei. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

**Süddeutsche
Schreiner-Fachschule**
Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kronweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.
□ Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. □
□ 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr. □

Wir bitten, den Betrag bei der Bestellung mit einzufenden, in diesem Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erspart.

Das Beizen und Färben des Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Sandwexer- und Kunstgewerbeschule in Warmen. Gültig, verbesserte und bedeutend erweiterte Auflage. (Große Ausgabe.) 174 S. Preis broschiert 3 Mk., mit Porto 3,20 Mk. — Moderne Farben auf Holz, eine Musterkarte mit 160 Farbentönen (Belegungen). Supplement zur vorstehenden fünften Auflage. Preis 5,50 Mk., mit Porto 5,70 Mk.

Das Schleifen, Beizen und Polieren des Holzes, Eisenbeins, Hornes, der Knochen, des Meeresschwammes, der Perlmutter, des Bernstein und Cellulose. Von W. Schmidt. 2te Auflage. 264 S. Preis 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Der Tischler-Bezug von Josef Eisenach. Praktischer Ratgeber für die Bekehrte nebst Anleitung zur Gesellenprüfung. 58 S. Preis 50 Pf., mit Porto 60 Pf.

Die Tischlerschule von Chr. Schröder. Neu bearbeitet von H. Graf. Verständliche Darstellung der wichtigsten theoretischen und praktischen Kenntnisse des Bau- und Möbelschlers. Textbuch 194 Seiten und Atlas mit 16 Foliotafeln. Preis broschiert 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der praktische Möbelschreiner. Mit 161 Illustrationen und 2 Werkzeichnungen. 152 S. Von Robert Büchler, Vorleser der Schwäbischen Handwerkerschule in Stuttgart. Preis 4,50 Mk., mit Porto 4,70 Mk.

Buchführung, Werkzeuge und Kalkulation des Bau- und Möbelschreiners. In Fragen und Antworten nebst ausgefülltem Musterbeispiel. Von Professor Dr. S. Zwiesle, Leiter der Unterrichtsstufe der Hgl. württbg. Zentralschule für Gewerbe und Handel. 120 S. Preis 1,50 Mk., mit Porto 1,70 Mk.

Der Modellstecher von Fr. W. Gess, Modellstecher. Mit 813 Textabbildungen. 184 S. Preis gebunden 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Moderne Möbel. Ausgewählte Vorklagen für die Ausstattung von Wohnräumen im Stille der Neuzeit. Von Max Graf. 26 Foliotafeln, 8 Tafeln mit Werkzeichnungen und erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Dorfschreiner von M. u. W. Graf. 24 Tafeln und 6 Werkzeichnungen mit Text. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Landtischler von M. Graf. Entwürfe zu einfachen Möbeln. Dritte, vollständig neu bearbeitete Auflage. 28 Foliotafeln und 8 Werkzeichnungen in natürlicher Größe. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 8 Mk.

Zubehörs-Katalog von Paul Horn. Anleitung zum Polieren, Beizen, Mattieren, Lackieren usw. 130 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk.

Der Buchhaltungs-Meister von Paul Horn. Sachliche und gründliche Anleitung zur Einrichtung einer geordneten Buchführung. Preis broschiert 1 Mk., mit Porto 1,10 Mk.

Möbel im Jugendstil von M. Graf. 26 Foliotafeln nebst erklärendem Text und 8 Tafeln mit Werkzeichnungen. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Tore, Türen, Fenster und Glasabschlüsse im Stille der Neuzeit, um unmittelbaren Gebrauch für die Praxis. Von Paul Wühlau, Architekt. 80 Tafeln mit erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Moderne Bauhilfsarbeiten v. Ernst Geriba. 24 Tafeln mit erklärendem Text. Preis broschiert 6 Mk., mit Porto 6,30 Mk.

Der Holzhan. Umfassend den Fachwerk, Wöhlen, Klack, Ständer- und Stabbau. Von Hans Hjel, Architekt und Lehrer an der Bau-gewerkschule zu Hildesheim. Zweite Auflage. 246 S. Mit 500 Textabbildungen und 15 Tafeln. Preis broschiert 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Der innere Ausbau. Umfassend Türen und Tore, Fenster und Fenstereinschlüsse, Wand- und Deckenverkleidungen, Treppen in Holz, Stein und Eisen. Von Professor Adolf Oberbeck, Direktor der Anhaltischen Baugewerkschule zu Bernburg. Zweite Auflage. 214 S. Preis broschiert 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Für Schreiner!
Neu. mod. Möbelwerk, ca. 60 Zim. m. 800 Skizz., 1-10 farb. Rückungshalb, f. 3 Mk. abzugeben.
Paul Noack, Düsseldorf, Heisterstr. 22.

Abziehsteine
in nur bester Qualität, fein, mittel und grob ziehend, billig, liefert
**Otto Bergmann, Berlin SO. 33
Oppelner-Strasse 31.
à 50 Pf., 80 Pf., 120 Pf., 200 Pf.
Jeder verlange Kataloge gratis.**

**Solidaritäts-Bleistifte u. Massstäbe
von Jean Bloss, Stein-Nürnberg.**

**Paul Horn
Politur- und Lack-Fabrik
* Hamburg 23 ***

Nach meinem durch
zwei deutsche Reichspatente
geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht
eine sofortige Porenfüllung
man erspart Material, Zeit, Arbeit

erzielt: **eblen unerschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes**

vermeidet **Schleusen, Kitzelgerüche, die bei Polierarbeiten, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.**

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Jahresende zum Versuch enthalten:
1 Glasche Marmor-Altona-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond zum Ausziehen von Klebflächen usw.
1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhl-, Drehsch., Bildhauerlack)
1 „ Schellack- und Polieröl, gelblich (Knochen)
1 Dose Porensfüllpulver, feinstes Marke „Horn“
1 „ Porensfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Altona“
1 „ Bimsstein-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tube Infrarotstrahl (Holzleit), blond, 3. Ausfließen schabbarer Holzstellen
1 Stück Kostschleifloch, 120x75x30 mm zum Ausziehen
Preis von 8 Mk. franco inkl. Embal. Preis von 8 Mk. lage gegen Nachn.

Jah übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe:
1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mk.

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattpolier- fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 100 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Meißner-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenzel, Berlin, Prof. Dr. Hermann Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammer-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), L. F. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor Jos. Golsmann-München. Bei Auftragserteilung wird **Preis M. 1.50** der Betrag zurückvergütet.

Werkstattpoliererei. Sachliche für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Inhalt: Unterhalten, Lehrbuch für alle Arbeiter der Werkstatt, behandelt die Konstruktions-, Polier-, Beiz-, das Material und alle sonstigen Punkte der Holzindustrie vollständig. 160 Seiten. 10 Abbildungen. Preis M. 1.50.

Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsbescheide.
**E. Biller, Marqueter, Heidelberg
Theater-Strasse 7.**

Wir machen die Zahlstellenverwaltungen darauf aufmerksam, daß Zeitungsbestellungen und Adressenänderungen bis spätestens am Montagabend für die darauf folgende Zeitung in unseren Händen sein müssen. Später eingehende Bestellungen können für die laufende Woche nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Schluß der Inseratenannahme ist Montagmittags um 4 Uhr.
Diejenigen Zahlstellen, welche durch die Post an auswärtige Mitglieder Zeitungen versenden, wollen dabei den Absender benachrichtigen. An uns kommen wiederholt derartige Sendungen zurück, von denen wir nicht wissen, aus welcher Zahlstelle sie abgefaßt sind, weil Poststempel meistens unleserlich.

Die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Verlag von Theodor Leipart in Stuttgart.
Druck von Paul Singer in Stuttgart.